Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld besonders. Einzelnummer 25 Pfg. Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg. im Reklameteil 80 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags. Postscheckkonto: Leipzig 39070. :—: Telefon Nr. 324. :—:

Mit den wöchentlich 8 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg“ und „Amtsblatt der Stadt Merseburg“, der wöchentlichen „Unterhaltungsbeilage“ und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg“

Nr. 159 | Mittwoch den 21. Juli 1920 | 47. Jahrg.

Zwangswirtschaft und Erwerbsmöglichkeit.

Die Folgen des Kohlendiktats von Spa werden sich in unserem wirtschaftlichen Leben bald bemerkbar machen. Eine weitere Verteurung des Eisens und der Kohle ist zu befürchten, und dadurch werden dann unsere Produktionsmöglichkeiten schwer getroffen. Damit aber werden auch die Erwerbsmöglichkeiten der Unternehmer immer unsicherer. Eine nennenswerte Hebung der deutschen Valuta erscheint dann auch in absehbarer Zeit ausgeschlossen, weil die Herstellung der für die Ausfuhr notwendigen Austauschmittel ungeheuer erschwert ist und ihre Menge in gar keinem Verhältnis zum Bedürfnis der Einfuhr stehen kann. Statt zu fallen, werden die Preise demnächst vielleicht wieder in die Höhe klettern, es liegt aber zweifellos im Interesse der Allgemeinheit, die Nahrungsmittel in Deutschland selbst zu erzeugen und zwar zu einem Preise, der den Gelderwerbsmöglichkeiten der Volksgenossen entspricht. Ob sich unter dem Druck der Zwangswirtschaft eine wesentliche Preissenkung herbeiführen lassen wird, erscheint fraglich; die Anwendung von Selbsthilfe der Konsumenten, wie es vielerorts geschehen ist und leider noch geschieht, aber ist ganz verwerflich. Um zu einer Preissenkung der Lebensmittel zu gelangen, müssen die Grundbedingungen sich ändern, unter denen der Landwirt produziert. Ob dies gegenwärtig überhaupt erreichbar ist, darf bezweifelt werden.

Die ganze landwirtschaftliche Produktion hängt von der Ernte ab und der Landwirt hat in dieser Hinsicht heute ein ungeheures Risiko zu tragen, ganz im Gegensatz zu dem Industriellen, der die Menge seiner Erzeugnisse im voraus überblicken und sich daher gegen Konjunkturschwankungen in gewisser Weise sichern oder wenigstens vorsehen kann. Das kann der Landwirt, der zudem heute mit einem unverhältnismäßig großen Betriebskapital arbeiten muß, nicht. Die Ernährungsfrage aber ist die brennendste aller Fragen. Sie kann nur gebessert werden, wenn die Erzeugung erhöht wird. Das aber kann nur geschehen, wenn der Landwirtschaft die Bewegungsfreiheit wiedergegeben wird. Der Trieb, konkurrenzfähig zu sein, wird dadurch geweckt und gesteigert, ehrliche Konkurrenz aber ist der Todfeind von Wucher und Schiebertum. Es gibt natürlich auch Landwirte, die sich auf unredlichen Wegen bereichert haben, jedoch die große Mehrzahl will dafür arbeiten, daß wir zu gesunden Verhältnissen kommen. Sie fordern dazu aber, daß die rein verwaltungsmäßige Bewirtschaftung der Volksernährung, die mitschuldig an den üblen Zuständen ist, in denen wir uns befinden, endlich aufgegeben wird. Nur eine gewissermaßen „eiserne Ration“ für den wirtschaftlich Schwachen sollte von Staatswegen festgelegt werden, um aller Ausbeutung durch gewinnsüchtige Landwirte vorzubeugen.

In einem demokratischen Staatswesen aber müssen sowohl Erzeuger wie Verbraucher in Dingen der Ernährung ein unbestrittenes Mitbestimmungsrecht haben. Was hinausgeht über die Fristung des nackten Lebens sollte der Landwirtschaft freigegeben werden für den offenen Inlandsmarkt. Angebot der Erzeuger und Nachfrage der Verbraucher werden von selbst die Preise regeln und beeinflussen. Natürlich müssen scharfe gesetzliche Bestimmungen jede Ausfuhr ins Ausland verhindern. Der Übergang zu freierer Wirtschaft kann natürlich nicht von heute auf morgen erfolgen. Für Brotgetreide und Milch beispielsweise wird die staatliche Bewirtschaftung für das Erntejahr 1920 noch nicht zu umgehen sein, alle übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse sollte man unter gewissen Sicherungen alsbald dem freien Handel zuführen. Weder der Verbraucher noch der Erzeuger darf dabei einseitig bevorzugt werden. Stadt und Land müssen ehrlich und treu gemeinsam an der großen Aufgabe mitarbeiten und das Ziel muß immer sein: Die Hebung der Erzeugung und die Gesundung der Erwerbsmöglichkeiten.

*

Aufhebung der Zwangswirtschaft in Hessen.

Einer Meldung aus Mainz zufolge hat die hessische Regierung die Zwangswirtschaft, ausgenommen für Getreide und Milch, aufgehoben.

Verhaftung des Münchener Rätebürgermeisters.

Berlin, 21. Juli. Hier wurde der Kommunist Leo Werner verhaftet, der in der Münchener Rätezeit sich zum Bürgermeister von München aufgeschwungen hatte. Werner wurde steckbrieflich verfolgt.

Ein Sozialist durch die Franzosen verhaftet.

Mainz, 21. Juli. (T.-U.) Die französische Überwachungspolizei verhaftete hier den Sozialdemokraten Rackow aus Beeskow bei Berlin wegen politischer Umtriebe. Er wurde in die französische Abteilung des hiesigen Gefängnisses eingeliefert.

Wie Deutschland wirtschaftlich vernichtet wird.

Saarbrücken, 21. Juli. (T.-U.) Mit einem Kapital von 4 Millionen Franken ist in Paris eine Vereinigung der Eisenwerke des Saargebiets gegründet worden. Die Gesellschaft hat bereits die Werke der Firma Freguin erworben.

Vormarsch der Bolschewisten auf Warschau.

Kowno, 21. Juli. (T.-U.) Nach hierher gelangten Meldungen marschieren die Bolschewisten in drei Heeressäulen auf Warschau. In dem bolschewistischen Heere herrsche eine ausgesprochene nationalistische Stimmung.

Warschau, 21. Juli. (T.-U.) Der polnische Heeresbericht vom 20. Juli besagt u. a., daß östlich von Grodno heftige Kämpfe stattfanden. Wir lösten uns ohne Verluste vom Feinde. Es fanden erbitterte Angriffe des Feindes auf der ganzen Front statt. Nach erbitterten Kämpfen drangen die Russen auf das westliche Stryi-Ufer vor. Die Kämpfe um Dubno nahmen einen immer erbitterteren Charakter an. Einer feindlichen Kavalleriedivision gelang es, in unsern Rücken durchzubrechen. Gestern griff der Feind auch bei Woloczyka an. Auf beiden Seiten sind die Verluste sehr schwer.

Wien, 21. Juli. Der ukrainische Pressedienst meldet: Die Städte im äußersten Osten und Südosten von Ostgalizien, besonders Tarnopol und Brody sind wegen Gefährdung durch die Reiterei Budjenneys schon vor einigen Wochen geräumt worden. Diese Transporte erfordern lange Zeit und verhindern den militärischen Verkehr. Lemberg und die Orte westlich des San sind von Flüchtlingen überfüllt, darunter einer großen Anzahl von Flüchtlingen jenseits des Sbarutz, des ehemaligen Grenzflusses der Bukowina. Die Gefahr der weiteren Verschleppung der Flecktyphus-Epidemie ist sehr bedrohlich.

Die Kämpfe in Armenien.

London, 21. Juli. (WTB.) Das armenische Büro in London teilt mit, daß die armenische Armee vor einigen Tagen die Stadt Olti, 50 Meilen nordöstlich Erzerum, eingenommen hat.

Neue Unternehmungen Stinnes.

Amsterdam, 21. Juli. (T.-U.) Aus London wird gemeldet: Die „Times“ vernimmt, daß der deutsche Großindustrielle Hugo Stinnes Versuche mache, um sich mit 20 Mill. Kronen, das sind 850 000 Pfund, an dänischen Steinkohlengruben zu beteiligen.

Irisch-englische Kämpfe.

London, 21. Juli. (T.-U.) In der Stadt Toam in der Grafschaft Connaugth wurden zwei Polizisten erschossen. Während des darauffolgenden Straßenkampfes wurde eine große Anzahl von Häusern zerstört und niedergebrannt, darunter das Rathaus. Es gab Verluste auf beiden Seiten.

London, 21. Juli. (WTB) Reuter. Eine Bande von 40 bis 50 Mann griffen in der Nacht zum Dienstag eine Patrouille von vier Polizisten, die aus Galway kamen, an. In dem sich entspinnenden Gefecht wurden zwei Polizisten erschossen und die beiden aderen nach Erschöpfung ihrer Munition überwältigt und mit verbundenen Augen nach Toam zurückgeschickt. Dort sind unter den Soldaten und Polizisten Unruhen ausgebrochen. Es wird behauptet, daß die Polizisten die Stadt plünderten und in Häuser und Kaufläden feuerten. Das Rathaus ist niedergebrannt. Menschenopfer sind nicht zu verzeichnen.

Neuer alliierter Friedensschritt für Polen.

London, 21. Juli. (T.-U.) Die Antwort der russischen Räteregierung, auf die Bedingungen der Alliierten zum Abschluß eines Waffenstillstandes mit Polen wurde gestern im britischen Kabinett besprochen. Sie wurde im allgemeinen als unbefriedigend bezeichnet. Eine neue Entgegnung, die noch in dieser Woche übermittelt werden soll, wird vorbereitet.

London, 21. Juli. (WTB.) Wie Reuter erfährt, sollte die englische Antwort an Rußland am Dienstag abend abgesandt werden. Die Antwort Tschitscherins wird als zweideutig angesehen. Man wünscht jetzt, endgültige Erklärungen zu erhalten. Wenn die Bolschewisten in Polen eindringen, werden die Verhandlungen über die Aufnahme der Handelsbeziehungen abgebrochen werden.

Nachklänge zur Konferenz in Spa.

Der deutsche Außenminister über das Kohlenabkommen.

Aus Berlin wird berichtet:

Der Minister des Auswärtigen Simons sprach am Dienstagmittag vor einem Kreise von Pressevertretern über die Verhandlungen in Spa, wobei er besonders die Gründe herausarbeitete, die zur Unterzeichnung der Bedingungen geführt haben. Einleitend warnte er davor, die verschiedentlich laut gewordenen Rücktrittsabsichten einzelner Minister allzu ernst zu nehmen und fuhr dann fort: Selbstverständlich ist das Kabinett nicht immer einer Meinung gewesen. Auch mir ist es nicht jedesmal gelungen, die Auffassung, die ich dem Reichskanzler vortrug, durchzusetzen. Aber darin waren wir immer einig, daß wir das, was einmal beschlossen wurde, den Feinden gegenüber und vor dem deutschen Volke auch vertraten. Anders gehandelt wäre Landesverrat gewesen. Sicherlich haben wir keinen Grund, von einem Erfolge in Spa zu sprechen.

Erreicht haben wir nur die Sicherheit der ungeheuren Lasten, die auf uns ruhen, abgewendet haben wir lediglich die unmittelbaren Folgen der Nichterfüllung des Friedensvertrages: die Besetzung deutschen Gebietes.

Diese Folge war bisher bestritten. Wir waren der Meinung, daß lediglich der Wiedergutmachungsausschuß bei nachgewiesener Böswilligkeit deutsches Gebiet besetzen könne, daß es aber nicht besetzt werden könne: 1. sobald es sich nicht um Bedingungen der Wiedergutmachung handelt, und 2. wenn uns nicht Böswilligkeit nachgewiesen wurde. Davon sind wir auch in Spa nicht abgegangen. Wohl aber haben sich die Alliierten dem Standpunkt Frankreichs immer mehr genähert. Früher hatten sie diese französische Auffassung, daß Frankreich zur Besetzung deutschen Gebietes berechtigt sei, abgelehnt, und mit seinem Einmarsch in Frankfurt hat sich Frankreich ja deshalb auch blamiert. Dieser Gefahr wollte es sich nicht noch einmal aussetzen und in seinen Verhandlungen, die von San Remo ausgehen, ist es ihm auch gelungen, die Entente zu seiner Meinung zu bekehren. Jedenfalls waren jetzt in Spa die Alliierten zum Einmarsch entschlossen. Auch der italienische Vertreter, Graf Sforza, hat mir nicht den geringsten Zweifel darüber gelassen, daß der Einmarsch unbedingt erfolge, wenn wir die Verpflichtung zur Lieferung von 2 Millionen Tonnen Kohle nicht unterzeichneten. Es war also keine leere Drohung, auch keine Rute, die lediglich hinter dem Spiegel steckte. Ich habe mich nicht von den martialistischen Gestalten der Feldmarschälle Foch und Wilson einschüchtern lassen. Ich kannte die militärischen Vorbereitungen der Alliierten gut genug, um zu wissen, daß nach unserer Ablehnung in einer Frist, die nicht nach Tagen, sondern nach Stunden berechnet war, der Einmarsch beginnen würde. Trotzdem habe ich nicht daraus die Konsequenz gezogen, daß nun unter allen Umständen Ja gesagt werden müßte. Wir mußten den Einmarsch auf uns nehmen, wenn wir zu der Überzeugung kamen, daß die Durchführung der Lieferungen unmöglich sei. Diese Überzeugung aber habe ich nicht gehabt, wenigstens zuletzt nicht mehr und zwar, weil mir in die Äußerungen der Sachverständigen, vornehmlich in die Zuverlässigkeit ihrer Zahlenangaben Zweifel gekommen sind. Bei aller Anerkennung von der Qualität der Sachverständigen kann ich nicht verschweigen, daß ihnen in letzter Stunde noch zwei Fehler in ihrer Rechnung nachgewiesen wurden, einmal insoweit, als ein Ersatz der Kohle durch Braunkohle möglich ist, und zweitens, weil es möglich ist, die Kohlenverteilung schärfer zu erfassen. Nach zuverlässigen Angaben sind in den verschiedensten Teilen Deutschlands Ruhrkohlen aufgetaucht, die ihre Reise sicherlich nicht mit Zustimmung des Kohlenkommissars angetreten hatten. Hier müssen auch Durchstechereien vorgekommen sein. Das Kabinett hat am Montag beschlossen, daß die Kohlenwirtschaft neu organisiert werden soll auf Grund einer genaueren Kontrolle der Produktion und der Verteilung.

Wesentlich ungünstiger lagen die Dinge bei dem militärischen Diktat. Hier waren die Dinge so verfahren, daß eine klare Rechtsbasis nicht vorhanden war. Nur eines stand fest, daß wir zum 10. Juli, wenn es zu einer Verständigung nicht kam, 100000 Mann unserer Reichswehr auf die Straße setzen mußten. Deshalb blieb uns kaum etwas anderes übrig, als zu nehmen, was uns geboten wurde.

Daß die Frist zu kurz bemessen ist, darüber gab es keinen Zweifel. Sie wäre auch länger geworden, wenn die Entente besser unterrichtet gewesen wäre. Immerhin, wir haben drei Monate bis zum Beginn der Abrüstung und sechs Monate bis zur Herabsetzung auf 100 000 Mann. In dieser Zeit läßt sich vieles tun, wenn wir nur den Beweis unseres guten Willens geben. Von uns aus wird alles geschehen, um in Verbindung mit den Alliierten, vor allem durch den guten Rat wohlunterrichteter Offiziere unsere Verpflichtung zu erfüllen. Ich habe darüber bereits bestimmte Pläne, die ich aber mit den betreffenden Ministern und dem Kabinett noch nicht besprochen habe und deshalb vorläufig noch für mich behalten möchte.

„Sie gehen aber dahin, daß wir uns von einer Macht, die in ähnlichen Verhältnissen wie wir schwere innere Verhältnisse durch eine nicht zu kriegerischen Zwecken verwendbare Macht niederhalten muß, nach der Richtung hin Unterstützung erbitten. Es gibt Beispiele, namentlich in englischen Kolonien, die weiß besiedelt sind, wo die Polizeimacht mit Leuten zu tun hatte, die derselben Rasse angehören und ihr als Menschen gleichberechtigt gegenüberstehen, wo wir ganz gute Vorbilder finden werden. Das sind persönliche Ansichten, die noch nicht durch das Kabinett gegangen sind und die ich nur sage, damit Sie sehen, nach der Richtung hin wird vom Auswärtigen Amt nichts versäumt, um durchführbar zu machen, was ich als Vertreter des Reiches mit dem Herrn Reichskanzler habe in Spa unterschreiben müssen.“

Bei der Kohle waren wir ursprünglich auf das Diktat des Wiedergutmachungsausschusses festgelegt, der 2,4 Millionen Tonnen monatlich von uns verlangte. Unsere Gegenvorschläge, die eine volle Bezahlung der Differenz zwischen dem Inlandsmarkt- und dem Weltmarktpreis verlangte, wurden in einer privaten Besprechung zwischen Millerand und mir abgelehnt, und zwar erklärte Millerand, das sei eine Änderung des Friedensvertrags, für die er die Zustimmung des französischen Parlaments bei der außerordentlich ungünstigen Finanzlage Frankreichs niemals bekommen würde. Deshalb kam Lloyd George schließlich auf den Ausweg, der dann angenommen wurde. Nach den Abmachungen bekommen wir für die Tonne Kohlen 1. den Friedenspreis angerechnet auf das Wiedergutmachungskonto, 2. eine Prämie von fünf Goldmark für die Tonne, die uns pränumerando auf den Tisch des Hauses gezahlt wird, 3. von den Landtransporten als Vorschuß in bar die Differenz zwischen Weltmarktpreis und Inlandspreis in der Form einer Anleihe, und für die seewärts gehenden Kohlen den vollen Auslandswert, wobei nur die Frage ist, ob Transporte über Rotterdam als Land- oder Seetransporte gelten.

Die Unterzeichnung war nur möglich, wenn als Ergänzung unseres Inlandsbedarfs uns oberschlesische Kohle in höherem Maße zur Verfügung gestellt wurde, denn von oberschlesischen Kohlen ist bisher mehr nach Polen gegangen, als unsere Volkswirtschaft vertragen konnte.

Eine Verpflichtung auf unsere Gegenvorschläge haben wir nicht erreicht. Lloyd George hat uns aber eine kleine Kommission zugesagt und hat weiter versprochen, daß die Vertreter der Entente so instruiert werden sollen, daß unsere Vorschläge berücksichtigt werden sollen. Eine bestimmte Summe ist nicht genannt, aber die Entscheidung ist doch hier im Sinne unserer Vorschläge gehalten. Das hat uns die Unterschrift bedeutend erleichtert.

Die Unterhaltung über die „Kriegsverbrechen“ setzte übel ein, weil die Entente nicht verstehen konnte, daß das Verfahren so langsam vorwärts geht. Ich mußte darauf hinweisen, daß das Reichsgericht vor einer Aufgabe stehe, die sonst Sache der Kriegsgerichte gewesen sei, und daß außerdem die ganzen Beweismittel aus dem Auslande herangeholt werden müßten. Die Wiedergutmachung endlich ist nur skizzenhaft gestreift worden, weil für uns nicht genügend Zeit zur Vorbereitung vorhanden war. Es war für uns als gewissenhafte Männer ausgeschlossen, einfach die Vorarbeiten der früheren Regierung zu übernehmen, denn die Mentalität der gegenwärtigen Regierung ist doch nun einmal eine andere.

Wir erstreben nicht mit aller Macht eine Revision des Friedensvertrages, sondern sind gewillt zu ehrlicher Durchführung. Die Unmöglichkeiten dieses Friedensvertrages aber sind so groß, daß allein die Durchführung schon die Notwendigkeit einer Änderung klarlegen würde.

Deshalb auch konnten wir unsere Wiedergutmachungsvorschläge nicht aus dem Handgelenk schütteln. Wir fanden damit auch die Unterstützung eines Teiles der Ententevertreter, die selbst einsahen, daß die Zahlen, die wir gegenwärtig zu nennen imstande waren, so gering sein müßten, daß ihre eigenen Völker sie nicht vertragen könnten. Deshalb wurde die Vertagung der Verhandlungen nach Genf beschlossen. Dabei sollen von jeder Seite nur zwei Sachverständige an den Besprechungen teilnehmen. Der Zeitpunkt steht noch nicht fest. Man hat mich ganz loyal gefragt, wann es uns am besten passe. Ich habe darauf geantwortet, daß ich einen bestimmten Zeitpunkt noch nicht angeben könnte, weil wir zunächst unsere innerpolitische Lage nach der Rückkehr nach Berlin regeln müßten. Ich nehme aber an, in etwa vier bis fünf Wochen werden wir nach Genf fahren können. Bis dahin wäre auch Zeit, unsere bisher nur skizzenhaft ausgearbeiteten Pläne zu unterbauen.

Der Minister, dessen ganzes Auftreten bei den Vertretern aller Parteien guten Eindruck machte, schloß mit der bestimmten Erklärung, es sei seine Absicht, mit der Presse zusammenzuarbeiten. Er gab dabei zu, daß die amtliche Berichterstattung über Spa vollkommen versagt habe, gab auch zu, daß die deutsche Presse nach

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200721-13/fragment/page=0001

den Erfahrungen des Krieges einen gewissen Grund habe, die amtlichen Mitteilungen unserer Gegner für glaubwürdiger zu halten als die amtlichen Mitteilungen der deutschen Regierung. Solange er aber Minister des Äußern sei, solle das nicht wieder vorkommen. Er verspreche volle Offenheit und den ernsten Willen zum Zusammenarbeiten.

Simons vor dem Ausschuß für Auswärtiges.

In der Kabinettssitzung, die am Dienstag nachmittag stattfand, wurde der Entwurf eines vom Reichsminister Koch ausgearbeiteten und vorgelegten Entwurfs zur Durchführung der Herabsetzung der Reichswehr angenommen. Der Entwurf soll dem Reichstag in den nächsten Tagen zugehen. Abends fand dann eine Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten statt, an der das gesamte Kabinett teilnahm mit Ausnahme des Reichskanzlers, der von seiner Freiburger Festlichkeit noch nicht wieder zurückgekehrt ist.

Die Besprechungen begannen mit einem längeren Exposé des Außenministers Simons, das sich inhaltlich mit seinen der Presse bereits gegebenen Erklärungen deckte. Danach sprachen der Mehrheitssozialist Bernstein und der Unabhängige Ledebour, sowie der Deutschnationale Helfferich. Ledebour erhob Einspruch dagegen, daß Stinnes als Sachverständiger zugezogen sei. Minister Simons übernahm aber dafür die volle Verantwortung und teilte mit, daß die Franzosen erklärt hätten, wenn Stinnes nicht als deutscher Sachverständiger an den Beratungen teilnehme, würden sie die Verhandlungen nicht als vollwertig ansehen können. Der Deutschnationale Helfferich kritisierte manche Einzelheiten, verhielt sich jedoch im ganzen nicht ablehnend, ohne aber der endgültigen Stellung seiner Fraktion vorzugreifen. Im Laufe der Aussprache teilte der Minister Simons über die Lage im Osten noch mit, der Reichspräsident Ebert hätte erklärt, daß Deutschland im polnisch-russischen Kriege neutral bleiben würde. Es seien alle Maßnahmen getroffen, um versprengte, über unsere Grenze gehende Truppen abzufangen. Dazu seien auch militärische Verschiebungen vorgenommen. Gegen Schluß der Sitzung erschien der Reichstagspräsident Loebe und erhob Protest gegen die Absicht der Regierung im Reichswirtschaftsrat Bericht zu erstatten, bevor der Reichstag zusammengetreten sei. Ein Antrag Ledebour, den Reichstag sofort zusammenzuberufen, wurde mit 12 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Minister Simons wollte den Protest des Reichstagspräsidenten nicht als berechtigt erkennen mit dem Hinweis, daß der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten den Reichstag während seiner Vertagung vertrete und, wie die gegenwärtige Sitzung zeige, bereits zwei Tage vor dem Reichswirtschaftsrat über die allgemeine Lage ins Bild gesetzt sei. Dann wurde die Weiterberatung auf Mittwoch nachmittag 5 Uhr vertagt.

Die Rede Millerands in der französischen Kammer.

Aus Paris wird gemeldet: In der Montag-Nachmittagssitzung der französischen Kammer ergriff Ministerpräsident Millerand das Wort, um Mitteilungen zu machen über die Art, wie die französische Regierung die Interessen Frankreichs in Spa verteidigt habe. Die Verhandlungen mit den deutschen Delegierten in Spa haben den Zweck gehabt, die Ausführung des Vertrages von Versailles sicherzustellen. Frankreich sei weit entfernt von dem Gedanken, sich in innere deutsche Politik einzumischen. Den Vertrag von Versailles habe das Deutsche Reich anerkannt. Man werde nicht versuchen, den geschaffenen Bau zu demolieren. Frankreich werde sich nicht in separatistische Intrigen einlassen. (Widerspruch.) Aber die Alliierten wünschten, daß die verschiedenen Elemente in Deutschland sich freier entwickeln könnten, ohne von der preußischen Hegemonie bedroht zu werden, deren Triumph beinahe das Totengeläute der Zivilisation gewesen wäre, und der Ruin Deutschlands. Deshalb habe die französische Regierung in München bei dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten einen Gesandten ernannt. Die Tätigkeit dieses Gesandten werde die Tätigkeit des französischen Botschafters verstärken. Laurent sei von der französischen Regierung deshalb als Botschafter für Berlin ausersehen worden, weil die französische Regierung habe zum Ausdruck bringen wollen, daß es das Ziel ihrer Politik sei, normale wirtschaftliche Beziehungen mit Deutschland wieder herzustellen. Dann wandte sich Millerand dem Kapitel der Verteilung der deutschen Entschädigungssumme zwischen den Alliierten zu und sagte, Frankreich und England müßten auf einen Teil zugunsten jener Staaten verzichten, die in weniger günstiger Finanzlage seien. Deutschland werde die Bewilligung erhalten, Anleihen aufzunehmen, auf die es schon jetzt Vorschüsse erhalten könne. Was die Bezahlung der Kosten für die Besetzung im Rheinlande anbelange, so werde die Entscheidung aufgeschoben, bis die Vereinigten Staaten sich dazu äußern würden. Die Kohlenfrage sei am schwierigsten zu lösen gewesen. Um die Deutschen zu zwingen, die Vorschriften der Alliierten anzunehmen, sei es notwendig gewesen, Marschall Foch herbeizurufen. Das Kohlenabkommen sei für Frankreich günstig, weil seine Kohlenbedürfnisse zu 80 Prozent befriedigt würden. Sollte Deutschland seine Verpflichtungen in der Kohlenfrage nicht erfüllen, dann würde automatisch das Ruhrgebiet besetzt. Die Erklärung des Ministerpräsidenten wurde im Zentrum und auf der Rechten mit stürmischem Beifall aufgenommen. Dann bestieg Andres Tardieu die Rednertribüne und erklärte: Mit der Vereinbarung von Spa sei eine Revision des Versailler Vertrages verbunden. Die sozialistischen Abg. Blum, Varenne und Sembart forderten, daß über die Erklärung des Ministerpräsidenten die Debatte eröffnet werde. Millerand sprach sich dagegen aus.

Vertrauensvotum für Millerand.

Paris, 20. Juli. Die Kammer hat dem Ministerpräsidenten Millerand mit 420 gegen 152 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Frankreich behält sich größere Kohlenforderungen vor.

Genf, 20. Juli. Dem Lyoner „Progres“ zufolge hat sich Frankreich in Spa vorbehalten, daß bei einer Steigerung der deutschen Kohlenförderung auch die Belieferung Frankreichs durch ein neues Abkommen zu regeln sei.

Die Stellung der Parteien zu den Ergebnissen von Spa.

Berlin, 21. Juli. Über die Stellung der Parteien zu den Berichten des Reichskanzlers und des Reichsministers des Innern über die Ergebnisse der Konferenz in Spa, die gestern dem Ausschuß des Reichstages für Auswärtige Angelegenheiten mitgeteilt wurden, erfährt das „Acht-Uhr-Abendblatt“ aus parlamentarischen Kreisen, daß die Demokraten, das Zentrum und wohl auch die Sozialdemokraten den Beschluß der deutschen Spa-Delegation gutheißen werden. In diesen Kreisen herrscht die Ansicht vor, daß, was in Spa erreicht werden konnte, dort auch erreicht worden sei und daß besonders Reichsminister Dr. Simons die Interessen des Reiches mit Würde zu vertreten wußte. Wenn die Erwartungen, die an Spa geknüpft wurden, sich nicht erfüllt haben, so liege das daran, daß der aufrichtige Wille zu einer Verständigung noch nicht bei allen unseren ehemaligen Gegnern durchgedrungen ist. Die Deutschnationale Volkspartei aber wie auch die Unabhängigen werden sich höchstwahrscheinlich gegen das Abkommen erklären. Man glaubt aber nicht daran, daß es im Ausschuß zu einer sehr bewegten Opposition kommen werde. Die Haltung der Deutschen Volkspartei ist noch nicht völlig geklärt. Während sich viele Kreise der Partei abwartend verhalten, folgen andere Hugo Stinnes, der sich gegen das Abkommen von Spa erklärte. Man erwartet aber, daß der Bericht jener Parteimitglieder, die der Delegation angehören, auf die Partei einwirken werden.

Die Bergarbeiter des Ruhrgebiets zum Kohlendiktat.

Bochum, 21. Juli. In einer Reihe Bergarbeiterversammlungen im Ruhrgebiet wurde zu den Verhandlungen in Spa Stellung genommen. Bergarbeiter aller Richtungen stellten sich einmütig auf den Standpunkt der Sachverständigen, wie er von dem Abg. Hué in Spa zur Geltung gebracht worden ist. Allgemein wurde bedauert, daß die Vertreter der Entente, statt dieser Auffassung Rechnung zu tragen, es vorgezogen haben, ihren Machtstandpunkt durchzusetzen. Man betonte, daß die deutsche Bergarbeiterschaft den ehrlichen Willen habe, am Wiederaufbau des europäischen Wirtschaftslebens nach Kräften mitzuarbeiten. Man bezweifle aber die Ausführbarkeit der in Spa unter dem Zwang der Not eingegangenen Verpflichtungen.

*

Das Verfahren gegen die „Kriegsschuldigen“.

Von amtlicher Stelle wird über den Stand des Prozesses gegen die sogenannten „Kriegsverbrecher“ folgendes mitgeteilt:

Die Vertreter der obersten deutschen Justizbehörde haben in Spa mit Ententevertretern die Frage der sog. „Kriegsschuldigen-Prozesse“ durchgesprochen, wobei sich insofern eine Übereinstimmung ergeben hat, als es wünschenswert erscheint, diese Angelegenheit aus dem diplomatischen Verkehr auszuschalten und, da es sich mehr oder weniger um rein technisch-juristische Fragen handelt, einen direkten Verkehr des Oberreichsanwalts mit den Justizministern der alliierten Länder zuzulassen. Es wird also in allen Fällen, die beim Reichsgericht anhängig sind, insoweit ausreichendes Beweismaterial noch nicht erbracht werden kann, seitens der Oberreichsanwaltschaft das Ersuchen an die entsprechenden Minister der alliierten Länder um Vervollständigung des Tatbestandes und zur Beschaffung der erforderlichen Beweismittel gerichtet werden. Gleichzeitig werden die Justizminister gebeten, auch die Vernehmungen der dort bekannten oder noch zu ermittelnden Zeugen durch die zuständigen Gerichte herbeizuführen. Dem Wunsch der Ententevertreter, daß diese Ermittelungen möglichst schnell eingeleitet und durchgeführt werden möchten, wird seitens des Oberreichsanwalts in Leipzig in loyalster Weise stattgegeben werden. Hervorzuheben ist, daß seitens der Ententevertreter den deutschen Justizbehörden alles Entgegenkommen versichert wird und daß die Alliierten ihr unbeschränktes Vertrauen zur Unparteilichkeit des Reichsgerichts geäußert haben. Von irgend einer Festsetzung oder einer sonstigen Pression auf die deutsche Justizverwaltung war in Spa keine Rede. Im Gegenteil zeigte sich seitens der Ententevertreter die größte Bereitwilligkeit, bei der Beschaffung von Beweismaterial behilflich sein zu wollen. Irgendwelches neue Material wurde den deutschen Justizbehörden in Spa nicht übergeben, sondern nur die Wege zur weiteren Beweisermittelung erörtert. Es ist also vorläufig an Material nur die sog. „alte“ und „neue Liste“ (die sog. Probeliste) in den Händen der deutschen Justiz. Zu betonen ist weiterhin, daß die bisherigen Ermittelungen und die vorliegenden Zeugenaussagen ein ausreichendes Material zur Anklageerhebung noch nicht erbracht haben. In einer ganzen Reihe von Fällen hat das Verfahren eingestellt werden müssen, weil die Beschuldigten bereits verstorben waren. Auch durch verstümmelte Namen sind große Schwierigkeiten bereitet worden. Alle Meldungen über einen bestimmten Zeitpunkt der Verhandlungen beruhen lediglich auf Kombinationen. Es läßt sich heute absolut noch nicht sagen, wann der Termin der Hauptverhandlung angesetzt werden kann.

Politische Übersicht.

Zu den Kämpfen zwischen Rußland und Polen.

Millerand bestätigt die russische Absage zum englischen Friedensangebot.

Paris, 20. Juli. In der Dienstag-Kammersitzung nahm Ministerpräsident Millerand das Wort, um Erklärungen über den Waffenstillstand zwischen Polen und Rußland abzugeben. Millerand erklärte, daß er von der englischen Regierung unterrichtet worden sei, daß die Sowjetregierung die Aufforderung Lloyd Georges, einen Waffenstillstand zu unterzeichnen, mit einer seltenen Frechheit gemäß ihren Gewohnheiten beantwortet habe. Wenn die russische Regierung den Waffenstillstand zurückweise, so seien die Alliierten entschlossen, Polen mit allen Mitteln zu unterstützen. Diese Erklärung rief auf seiten der Sozialisten heftigen Widerspruch hervor.

Deutschlands Neutralitätserklärung.

Berlin, 20. Juli. Amtlich. In der heutigen Nummer des „Reichsanzeigers“ wird nachstehende Bekanntmachung des Reichspräsidenten veröffentlicht:

In den zwischen der polnischen Republik und der russischen Sowjetregierung entstandenen kriegerischen Verwicklungen hat Deutschland, das sich mit beiden Staaten im Friedenszustande befindet, bisher volle Neutralität beobachtet und wird diese Neutralität auch weiterhin beobachten. Ich weise demzufolge daraufhin, daß für jedermann im Reiche und für die Deutschen im Auslande die Verpflichtung besteht, sich aller Handlungen zu enthalten, die der Neutralität Deutschlands zuwiderlaufen.

Berlin, 20. Juli 1920.

Der Reichspräsident Ebert. Simons.

Diese Bekanntmachung wird den Regierungen in Warschau und Moskau amtlich zur Kenntnis gebracht.

Ein polnischer Putsch vereitelt.

Königsberg i. Pr., 21. Juli. In Deutsch-Eylau sind 53 Polen verhaftet worden, die einen regelrecht organisierten Stoßtrupp bildeten. Ihre Pässe waren von französischer Seite visiert. Der Trupp, der unter dem Befehl eines polnischen Hauptmanns stand, trug Waffen und hatte u. a. 30 Handgranaten zur Verfügung. Auf Grund belastender Papiere, die bei den Leuten gefunden wurden, sind auch mehrere Einwohner von Deutsch-Eylau verhaftet worden.

Litauen bleibt neutral.

Kowno, 21. Juli. Die Litauische Telegraphen-Agentur meldet: Das russische Radio-Telegr.-Büro berichtet aus Moskau vom 19. Juli abermals, daß die litauische Republik zusammen mit den Russen gegen Polen stehe. Diese Meldung stimmt mit den Tatsachen nicht überein, denn das litauische Heer besetzt nur die von den Polen befreiten Gebiete und verhält sich im übrigen streng neutral.

Bela Khun reist nach Moskau.

Stettin, 21. Juli. Nach dem „Stettiner General-Anzeiger“ ist Bela Khun entgegen anders lautenden Meldungen gestern nachmittag 3 Uhr mit dem Dampfer „Lisboa“ von Stettin nach Rußland abgereist. Außerdem befanden sich auf dem Dampfer 830 russische Kriegsgefangene.

Türkei.

Rücktrittsabsichten der türkischen Regierung.

Die „Times“ melden aus Konstantinopel: Der Großwesir wird wahrscheinlich in den nächsten Tagen zurücktreten. Auch das ganze Ministerium dürfte seine Entlassung geben. Es ist möglich, daß die Regierung sich entschließen wird, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne daß vorher ein Kronrat zusammengetreten ist.

Nordamerika.

Amerika baut die größte Handelsflotte der Welt.

Paris, 21. Juli. Dem „Matin“ zufolge wird Amerika bis 1921 1400 Handelsschiffe von 9000 bis 12000 Tonnen in Verkehr setzen und damit die größte Handelsflotte der Welt besitzen, zu deren Schutz der Kongreß besondere Maßnahmen beschlossen hat.

*

Deutschland.

— **Mit dem Abbau der Zwangswirtschaft für Fleisch in der Provinz Hannover** ist begonnen worden. Man hat die zwangsweise Viehaushebung aufgehoben, die Aufbringung des Schlachtviehes aus den Händen des Viehhandelsverbandes genommen und sie der Zentralgenossenschaft für Viehverwertung übertragen. Die Viehverwertungsgenossenschaften haben die freiwillige Aufbringung des Schlachtviehes innerhalb der Kreise zu regeln und das zur Lieferung bestimmte Schlachtvieh anzunehmen. Ein Zwang zur Abgabe besteht nicht mehr, seine Wiedereinführung bleibt aber vorbehalten, sobald durch das neue Verfahren die Ernährung mit Fleisch in Frage gestellt wird.

— **Preisabbau für Herren- und Knabenbekleidung.** In einer Versammlung des Reichsverbandes der Herren- und Knabenbekleidung, Bezirksgruppe Leipzig, wurde beschlossen, daß ein Preisabbau für alle Arten Herren- und Knabenbekleidung stattfinden soll.

— **Weshalb die Ziegeleien nicht arbeiten können,** sucht eine rheinische Dampfziegelei in einer Zuschrift an die „Köln. Ztg.“ wie folgt zu erklären: „Die Schuld daran trägt einzig und allein die Regierung! Kann man sich etwas Widersinnigeres denken als die Beschlagnahme der Steine? Wer baut denn heute, wenn er nicht unbedingt muß? Wir haben in den letzten Wochen in verschiedenen Zeitungen angeboten, aber kein Stück verkauft. Jeden Tag stehen Angebote in der Zeitung. Für Reparaturen und Umbauten könnte man täglich mehrere Fuhren verkaufen, aber kein Mensch hat einen Freigabeschein. Wovon soll man die gewaltigen Betriebsunkosten bezahlen, wenn man nichts einnimmt und täglich nur auf Lager arbeitet. Man ist doch auf die Dauer gezwungen, stillzulegen und zu verkaufen.“

Aus der demokratischen Reichstagsfraktion.

Die Fraktion hat in den Ausschüssen des Reichstages zwei Vorsitzende zu stellen. Sie bestimmte für den Untersuchungsausschuß den Abg. Petersen, für den 2., den Petitionsausschuß, den Abg. Delius. Für den Verkehrsbeirat bei dem Reichspostministerium wurden die Abgg. Wieland und Delius gewählt. Für den Unterausschuß zur Nachprüfung der Besoldungsordnung bestimmte die Fraktion den Abg. Delius, der außerdem vom Hauptausschuß des Reichstags als Berichterstatter über den Posthaushalt gewählt wurde.

Provinz und Umgegend.

† **Weißenfels**, 21. Juli. Am Sonnabend fand auf dem Rathaus eine Sitzung statt, die von Vertretern sämtlicher Stadtverordnetenfraktionen (mit Ausnahme der Beamtenfraktion) und des Magistrats besucht war. Die Anwesenden erklärten sich — mit Ausnahme der Demokraten — damit einverstanden, für den Volkshaus-Umbau zu einem Theater den Betrag von 550 000 M zu bewilligen und mit den Arbeiten sofort beginnen zu lassen; ferner mit dem Theaterdirektor Rudolf zunächst auf ein Jahr einen Vertrag abzuschließen und ihm das dann neu geschaffene Theater zum Theaterspielen auf eigene Rechnung ohne Konkurrenz zur Verfügung zu stellen. Letzterem Beschluß stimmten auch die Demokraten zu. Diese Beschlüsse bedürfen noch der formellen Bestätigung durch das Stadtverordnetenkollegium, die aber infolge der heutigen Zusammensetzung als sicher gegeben sein dürfte. Nach Ansicht aller Anwesenden dürfte das Projekt auf diese Weise am glücklichsten gelöst werden. Wenn etwa Mitte November mit dem Theaterspielen begonnen werden solle, dann wäre Zeit nicht mehr zu verlieren, und zu diesem Zwecke habe eben auch die heutige Sitzung stattgefunden.

Merseburg und Umgegend.

21. Juli.

Gründung eines Landlieferungsverbandes für die Provinz Sachsen mit dem Sitz in Merseburg.

Am gestrigen Dienstagvormittag wurde in Halle eine Konferenz der Bürgermeister, Ortsvorsteher, Gutsvorsteher und Amtsvorsteher des Saalkreises abgehalten. In dieser Tagung behandelte Regierungsrat Wennig eingehend die Frage der Landsiedelung und führte dabei etwa folgendes aus:

Eine der wichtigsten Fragen ist die Siedlungsfrage. Bisher hat leider auf diesem Gebiete nicht viel geschehen können, da kein Land zur Verfügung stand. Da der Landhunger aber immer größer wird, ist die Regierung bemüht, durch das Reichssiedelungsgesetz das nötige Land zu beschaffen. In nächster Zeit wird der Landlieferungsverband für die Provinz Sachsen mit Sitz in Merseburg gegründet werden, dessen besondere Aufgabe es sein wird, das nötige Land zu liefern. Für die Abgabe von Land kommen die großen Güter von etwa 400 Morgen in Betracht. Nur Güter, die als Mustergüter gelten, werden von der Landabgabe verschont. Auch solche Güter, die durch Abtretung von Land in ihrem Wirtschaftsbetriebe gestört werden, brauchen kein Land abzugeben. Die Entscheidung darüber liegt beim Landlieferungsverband. Es stehen nun zwei Wege offen: entweder das Land als Eigentum dem neuen Besitzer zu überlassen oder es als Siedlung in Pacht mit Kaufanwartschaft zu geben. Die Preise werden bemessen nach den ortsüblichen Preisen von 1914 mit angemessener Wertsteigerung, die durch Bauten usw. bedingt ist. Keineswegs werden die außerordentlich hohen Kriegspreise berechnet. Zwei Hauptpunkte sind für das Gesetz maßgebend. Für die Sicherstellung der Volksernährung ist es von größter Wichtigkeit, daß der Großgrundbesitz erhalten bleibt. Andererseits aber muß für die kleinen Leute Land beschafft werden. Aufgabe der Kulturämter ist es da, neue Ansiedlungen zu beschaffen und die bestehenden zu erhalten. Sehr hinderlich ist es, daß die hohen Preise für die Häuserbauten nicht mehr bezahlt werden können. Aus diesem Grunde muß leider mit einer Einstellung der Bautätigkeit gerechnet werden. Außerdem muß das nötige Betriebskapital für die Siedlungen vorhanden sein, da es seitens des Staates nicht aufgebracht werden kann. Wie sich die ganze Siedlungsfrage in der Praxis gestalten wird, bleibt indessen noch ein großes Rätsel.

*

** **Ferien des Kreisausschusses.** Wie der komm. Landrat bekannt gibt, hat der Kreisausschuß seine diesjährigen Ferien für die Zeit vom 21. Juli bis einschließlich 1. September festgesetzt.

** **Öffentliche Bewirtschaftung der Frühkartoffeln.** Um Zweifeln entgegenzutreten, weist der komm. Landrat ausdrücklich darauf hin, daß vom 1. Juli ab die öffentliche Bewirtschaftung der Frühkartoffeln eingetreten ist. Die Frühkartoffeln sind an die zuständigen Kommissionäre oder an die von der Provinzialkartoffelstelle bestellten Händler abzuliefern. — Weiter gibt die Provinzialkartoffelstelle bekannt, daß der Erzeugerhöchstpreis für den Zentner Frühkartoffeln, der laut Bekanntmachung vom 25. Juni 1920 vom 12. Juli ab bis auf weiteres auf 32 M festgesetzt worden war, vom 25. Juli ab 30 M beträgt.

** **Über die Abgabe von Textilnotstandswaren** seitens des Kreises sowohl an Verbraucher wie an Kleinhändler veröffentlicht der komm. Landrat im Amtsblatt der heutigen Zeitung mehrere Bekanntmachungen, deren Beachtung wir empfehlen.

** **Der Margarine-Kleinhandelspreis für Merseburg-Land** ist mit sofortiger Wirkung auf 10,50 M für das Pfund herabgesetzt worden. Der Preis ist der Höchstpreis für Inlandsmargarine im Kleinhandel.

** **Der Gaspreis für den Monat Juli** beträgt nach der Herabsetzung des Grundpreises auf 24 ₰, wie der Magistrat bekannt gibt, 1,50 M für den Kubikmeter.

** **Getreide-Einkaufsbezirke und Einkäufer.** Aufgrund der diesjährigen Reichsgetreideordnung sind auch für die diesjährige Ernte Einkaufsbezirke eingerichtet und Einkäufer bestellt worden. Für den Kreis Merseburg sind als Einkäufer bestellt: Landwirtschaftlicher Konsum-Verein Merseburg, Landwirtschaftlicher Ein- und Verkaufsverein Kötzschau, Fr. Lehmann-Merseburg, Fr. Lehmann-Lauchstedt, Otto Leonhardt-Lützen, Franz Berger-Schafstädt, G. Götze-Kötzschau, Max Kelling-Lützen, Otto Kneusel-Schkeuditz und F. Jakobine-Halle. Die ihnen zugeteilten Bezirke sind im Amtsblatt der heutigen Nummer bekanntgegeben.

** **Das Versicherungsamt Merseburg-Land** veröffentlicht in der heutigen Zeitung die ab 15. Juli d. Js. geltenden erhöhten Werte der Sachbezüge für den Bezirk ausschließlich des Bezirks des städtischen Versicherungsamtes Merseburg. Die Bekanntmachung wird genauer Beachtung empfohlen.

** **Gefährliche Gewebestoffe.** Mehrere in letzter Zeit vorgekommene Unfälle lassen darauf schließen, daß die während des Krieges zur Anfertigung von Kartuschbeuteln im Auftrage der Heeresverwaltung hergestellten Gewebe später in den Handel gekommen sind und unter anderem unter der Bezeichnung „Kunstseide“ vertrieben werden. Diese Stoffe verbrennen entsprechend ihrem eigentlichen Verwendungszweck bei Entzündung, ja sogar schon bei Erwärmung überaus heftig, unter Umständen explosionsartig. In einem Falle ging einem Arbeiter plötzlich, vermutlich durch eine Zigarette, das aus derartigem Stoff gefertigte Hemd in Flammen auf. Der Arbeiter erlag den hierdurch erlittenen Brandwunden. In einem anderen Falle explodierte der als Futter zu einem Bekleidungsstück verwendete Stoff beim Plätten, wodurch großer Sachschaden verursacht wurde. Vor dem Ankauf und der Verwendung dieser fälschlich als Kunstseide bezeichneten Kartuschbeutelstoffe muß daher eindringlich gewarnt werden. In Zweifelsfällen ist ein etwa fingerlanges und zwei Finger breites Stückchen des Stoffes anzuzünden; Pulvergewebe brennt dann fast augenblicklich ab. Wegen dieses schnellen Abbrennens ist der Versuch abseits von anderen leicht brennbaren Gegenständen, insonderheit von dem auf Lager befindlichen Stück des Gewebes und so anzustellen, daß das zu verbrennende Gewebestückchen nicht zwischen den Fingern gehalten wird. — Kartuschbeutelstoffe, die bei der Verbrennungsprobe plötzlich verbrennen, sind Sprengstoffe, für deren Besitz und Vertrieb nach dem Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Verbrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884 ein Sprengstofferlaubnisschein nötig ist. Verstöße gegen dieses Gesetz sind mindestens mit Gefängnisstrafe von 3 Monaten bedroht, also ist größte Vorsicht in doppelter Hinsicht geboten.

** **Rückbeförderung des Gefangenengepäcks aus Frankreich.** Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Heimtransport des in Frankreich zurückgebliebenen Gefangenengepäcks konnte infolge der Schwierigkeiten von französischer Seite bisher nur zu geringem Teile erfolgen. Die neuerdings eingeleiteten Verhandlungen über eine beschleunigte Rückbeförderung versprechen den erwarteten günstigen Erfolg. Die in Deutschland eintreffenden Gepäcksendungen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200721-13/fragment/page=0002

werden zunächst der Hamburg-Amerika-Linie zugeleitet und die einzelnen Stücke den Empfangsberechtigten von dort aus übersandt. Unter den bereits eingetroffenen Gepäckstücken befindet sich eine große Zahl, deren Aufschriften verloren gegangen oder unleserlich geworden sind. Es empfiehlt sich daher daß alle ehemaligen Kriegs- und Zivilgefangenen, die ihr in Frankreich gelassenes Eigentum vermissen, unter Angabe ihrer gegenwärtigen Adresse eine genaue Beschreibung der Stücke der Hamburg-Amerika-Linie nach Hamburg zugehen lassen.

** **Einkommensteuer der Volksschullehrer und -Lehrerinnen.** Im Amtsblatt der heutigen Zeitung macht der kommissarische Landrat darauf aufmerksam, daß die gesamten Dienstbezüge der vorgenannten Lehrpersonen einschließlich der Teuerungszulagen und der Abschlagszahlungen und Vorschüsse der neuen Einkommensteuererhebung vom 25. Juni d. J. ab unterliegen. Der Abzug hat bei der Zahlung der Dienstbezüge zu erfolgen und ist der bisher nicht geschehene Steuerabzug zurückzufordern.

** **Durch einen D-Zug auf verbotenem Wege getötet.** Am Dienstag wurde der Heizer Scholz aus Weißenfels durch den D-Zug 2 gegen 10,30 Uhr abends zwischen Leuna und Corbetha getötet. Durch Benutzen eines verbotenen Weges wurde Sch., welcher einen Sack Futter bei sich hatte, beim Betreten der Gleisanlagen durch den D-Zug 2 erfaßt und zu Boden geworfen. Beim Fallen auf die Schwellen erlitt er so starke Verletzungen, daß der Tod sofort eintrat. Die Schuld trifft allein Sch., der gleich allen anderen Arbeitern trotz Warnungen den verbotenen Weg benutzte.

** **Platzmusik der Stadtkapelle.** Am Freitag den 23. Juli, nachm. 6 Uhr, bietet die städt. subventionierte Stadtkapelle unter Leitung des städt. Musikdirektors P. Kupplich ihr zweites Platzkonzert auf dem Schulplatz beim Kaiser-Friedrich-Denkmal. Für das Konzert ist nachstehende Spielfolge gewählt: Unterm Gardestern, Marsch von Möller; Ouvertüre „Das Modell“ von Suppé; Traum-Walzer v. Millöcker; Die Post kommt, Charakterstück von Eilenberg; Große Fantasie a. d. Op. „Lohengrin“ von Wagner; Ernst-August-Marsch von Blankenburg.

** **Der Bund der technischen Angestellten und Beamten,** Ortsgruppe Merseburg, hält am morgigen Donnerstag 8 Uhr im Ratskeller hier eine wichtige Versammlung ab, zu der auch Gäste Zutritt haben.

** **Ein aufgeregter Wochenmarkt.** Der heutige Wochenmarkt stand im Zeichen der Aufregung, da nun auch hier endlich mit einer Preisfestsetzung vorgegangen wurde. Die Polizei teilte den Händlern die nach dem Städteverbandsbeschluß festgesetzten Preise mit, die mit Ausnahme der Sauerkirschen, der Schattenmorellen und der Bohnen die gleichen waren, die wir in unserem gestrigen Artikel als die in Zeitz festgesetzten veröffentlichten, so daß wir von einer Wiederholung der Preise absehen können. Die Stimmung wurde eine aufgeregte, als verschiedene Verkäufer es daraufhin vorzogen, mit ihrer Ware den Markt vorläufig zu verlassen. Hoffentlich wird nächstens auch verhindert, daß die Verkäufer vorzeitig ihre Ware wegbringen, für die angemessene Preise festgesetzt sind. Leider fielen aber auch Marktbesucher einander in den Rücken, indem man die Wahrnehmung machte, daß nach Festsetzung der Preise Frauen mehr boten als verlangt wurde. Auch diese sollten zur Anzeige gebracht werden, damit ihnen das nötige Verständnis beigebracht wird. Anders geht es nämlich nicht bei solchen Leuten. Der Marktverkehr wickelte sich im übrigen aber doch ruhig ab. Der Gurkenmarkt wurde nicht geräumt. Auf dem Schweinemarkt war flauer Handel und wurden für das Paar Ferkel bis 250 M bezahlt.

*

Was sind Marktpreise?

Das Reichsgericht hat hinsichtlich des Begriffs Marktpreise in seiner Entscheidung vom 28. August 1919 gesagt:

„Die Gestehungskosten können bei seiner Bemessung lediglich einen Fingerzeig abgeben. Es ist zu beachten, daß auch geschenkte Sachen, die dem Besitzer gar nichts gekostet haben, den gemeinen Marktwert besitzen. Andererseits können die Gestehungskosten auch wieder höher sein, als der gemeine Wert.“

Damit ist klar zum Ausdruck gebracht, daß für die Beurteilung des Marktpreises die Einkaufspreise nicht maßgebend sein können. Das entspricht auch, wie uns die Arbeitsgemeinschaft der Preisprüfungsstellen Thüringens mitteilt, dem sonstigen Standpunkte des Reichsgerichts, das einen Ausgleich anderweit gehabter Verluste durch Aufschlag um so höherer Verdienstprozente auf andere Waren nicht zuläßt. Es ist daher zu sagen, daß auch nach dem angeführten Urteil des Reichsgerichts nur dann ohne Rücksicht auf niedrigeren oder höheren Einkaufspreis kein übermäßiger Gewinn vorliegt, wenn der zur Zeit des Verkaufs notierte Marktpreis nicht überschritten ist. Für Obst und Gemüse aber werden diese Marktpreise zurzeit von den Preisprüfungsstellen in ganz Thüringen und den anschließenden Gebietsteilen benachbarter Staaten festgesetzt.

*

Petroleum als Heilmittel.

In großen Mengen getrunken ist das Petroleum ein Gift, in kleinen Quantitäten wirkt es dagegen unschädlich. Als Heilmittel wird das Petroleum vielfach äußerlich gebraucht zum Abtöten gewisser Hautparasiten, auch ist es ein altes Volksmittel gegen Rheumatismus. Früher hat man es vielfach innerlich gegeben bei chronischem Bronchialkatarrh, es ist jedoch außer Mode gekommen, bis es neuerdings in Amerika und namentlich in Pennsylvanien wieder häufig angewendet wurde. Ein dortiger Arzt hat es mit gutem Erfolg bei Luftröhrenentzündung mit Atembeschwerden verwendet; an sich selbst probierte er es als inneres antiseptisches Mittel. Es beseitigte dabei vorzüglich chronische Verdauungsstörungen und Blähungen. Es wurden täglich einige Tropfen des rohen Petroleums genommen und diese Kur mehrere Jahre ohne jegliche Beschwerden seitens des Magens fortgesetzt. Das Petroleum wurde nicht aufgesaugt, sondern passierte unzersetzt den Verdauungskanal. Seine Wirkung ist in der Weise zu verstehen, daß es die Entwicklung von krankmachenden Keimen hemmt, ähnlich wie dies sein Verwandter, das Naphtalin, tut.

Für unsere Hausfrauen.

(Lebensmittelkalender für Donnerstag den 22. Juli.)

Ausgabe. 100 Gramm Graupen, 250 Gramm Erbsen, 250 Gramm Haferflocken wie in voriger Woche angemeldet.

Rüböl markenfrei in allen Geschäften.

Neue Fett- und Seifenmarken im Alten Rathaus (Burgstraße) von 7—12½ Uhr, gegen Vorlegung des Lebensmittelheftes und der Stammkarten der Haushalte in den Straßen mit den Anfangsbuchstaben R—Z und sonstige.

§ **Aus dem Kreise Merseburg, 21. Juli.** Neue Abschätzungs- und Versicherungs-Kommissare für die Landfeuersozietät sind wie folgt ernannt worden: Privatmann Ferdinand Meinhardt in Rampitz — bisher Gutsbesitzer Karl Rosenheim in Thalschütz — für die Ortschaften Großlehna, Kleinlehna, Kauern, Nempitz, Oetzsch, Rampitz, Thalschütz und Treben; Landwirt und Geflügelzüchter Otto Bock in Göhren — bisher Landwirt Emil Langenberg in Zöschen — für die Ortschaften Dölkau, Göhren, Horburg, Zschernebdel, Zschöchergen und Zweimen. Die neuen Kommissare wurden verpflichtet und haben ihr Amt bereits angetreten.

§ **Unter-Kriegstedt, 20. Juli.** Ein recht bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend abend in der 8. Stunde im Schachtloche auf Netzschkauer Flur. Der Gutsarbeiter Richard Buschendorf eilte nach getaner Arbeit mit einer Anzahl junger Männer des Dorfes dorthin, um sich nach der Glut des Tages in dem kühlen Elemente zu erfrischen. Obwohl ein Freund davor warnte, sich nicht so erhitzt in das Wasser zu begeben, sprang Buschendorf doch sogleich hinein. Kurz darauf tauchte er mit hoch gehobenen Armen und mit dem Rufe „oh“ nochmal empor, um dann für immer zu verschwinden. Vergeblich suchten seine Kameraden ihn zu retten. Sicherlich ist er einem Herzschlage erlegen. Seine Leiche konnte bis Montag abend noch nicht geborgen werden. Die untröstliche Gattin, die Mutter von vier blühenden Kindern im Alter von ¾, 5, 6 und 9 Jahren, fing erst an das Ungeheuerliche zu begreifen, als man ihr die Kleider ihres Ehemannes ins Haus zurückbrachte. Da das Schachtloch stellenweise 40 bis 50 Meter tief ist, ist an eine Hebung der Leiche kaum zu denken. Man wird sich bei der jetzigen Wassertemperatur etwa 7 Tage gedulden müssen, bis die Leiche von selbst an die Oberfläche steigt.

§ **Papitz, 21. Juli.** Auch in unserer Flur nehmen die Felddiebstähle überhand. Der Besitzer einer kleinen Feldparzelle mußte dieser Tage die Wahrnehmung machen, daß ihm seine erbauten Feldfrüchte vollständig gestohlen waren, er fand nur das leere Feld vor.

*

Jetzt ist die geeignete Zeit, Düngemittel abzunehmen.

Vom Pressedienst des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten wird uns mitgeteilt:

Die augenblicklich günstige Stellung von Eisenbahnwagen läßt es dringend geboten erscheinen, den Landwirten, die gewillt sind, für die kommende Herbstbestellung Kunstdünger anzuwenden, nahe zu legen, diesen nunmehr schleunigst abzurufen und einzulagern. Es steht zu erwarten, daß die zurzeit befriedigenden Lieferungsmöglichkeiten nur von kurzer Dauer sind. Die in Kürze einsetzenden Getreidetransporte und hernach die Kartoffel- und Rübenverladungen werden den Wagenpark der Eisenbahnverwaltung zweifellos so in Anspruch nehmen, daß eine glatte und prompte Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln zum Herbste wenig aussichtsvoll erscheint. Darum ergeht nochmals an die Landwirte im wohlverstandenen eigenen Interesse der dringende Ruf: **Nehmt die bestellten Düngemittel jetzt schon ab.** Dabei sei ergänzend darauf aufmerksam gemacht, daß für die bis 31. August 1920 abgenommenen Stickstoffdüngemittel eine besondere Lagerbeihilfe gewährt wird.

Wetterwarte.

V. W. am 22. 7.: Zeitweise heiter, vielfach wolkig, mäßiger warm, mäßiger Regen, stellenweise Gewitter. — 23. 7.: Abwechselnd heiter und wolkig, Temperatur wenig verändert, nur Nacht kühler, vereinzelt Regenschauer.

Turnen — Sport — Spiel.

⚲ **Lampion-Schwimmen des Weißenfelser Schwimmvereins.** Solche Menschenmassen, sicher über 10 000, wie sie am Freitag abend an den Saaleufern und den beiden Brücken sich einfanden, um das Lampion-Schwimmen des W. S. V. sich anzusehen, hat wohl noch keine sportliche Veranstaltung in Weißenfels zu verzeichnen gehabt. Schon um 8 Uhr, also zwei Stunden vor Beginn derselben, sicherten sich viele einen guten Platz an den Ufern, bis dann kurz nach ½10 Uhr durch ein gegebenes Zeichen sich von der Insel an der Zuckerfabrik die Schwimmer (80) in Bewegung setzten. War schon beim Hineingehen ins Wasser durch die vielen bunten Lämpchen ein farbenprächtiges Bild entwickelt, so stieg der Höhepunkt der Veranstaltung, als sich die Schwimmer und Schwimmerinnen in einzig wirkender Abwechlung im Figuren-Schwimmen zeigten. In Gruppen zu vier, zwei und einzeln kamen sie die Saale hinunter geschwommen, und der Anblick wirkte wie Glühwürmchen auf dem Wasser. Als die Schwimmer die Pfennigbrücke passiert hatten, nahmen sie nochmals in Gruppen Aufstellung, bis sich die Veranstaltung nach einem vom ersten Vorsitzenden ausgebrachten und begeistert aufgenommenen „Gut Naß, Hurra!“ auf die Teilnehmer auflöste. Nun ging es mit Gesang die Bade-Allee hinauf, durch die Markwerbener Straße nach der Robinson-Insel, wo ein gemütliches Beisammensein die Teilnehmer noch kurze Zeit vereinigte.

Handel und Verkehr.

= **Preisermäßigungen für Emaillewaren.** Der westdeutsche Verband der Emaillierwerke in Hagen hat mit Wirkung ab Juni folgende Preisermäßigungen vorgenommen: für Kistensendungen 620 Prozent Aufschlag (bisher 700 Prozent), für lose Ladungen von mindestens 1500 Kilogramm 580 Prozent (bisher 650 Prozent) und für lose Ladungen von mindestens 5000 Kilogramm 630 Prozent (780 Prozent) Aufschlag. Für Lieferungen in das Ausland wird auf die Inlands-Grundpreise ein Aufschlag von 700 Prozent erhoben.

Gerichtsverhandlungen.

⊥ **Vom Wuchergericht zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.** Das Wuchergericht Bamberg verurteilte den Viehhändler Himmelreich wegen fortgesetzten Viehschleichhandels zu zwei Jahren Zuchthaus, 10 000 M Geldstrafe, dreijährigem Ehrenrechtsverlust.

⊥ **Preisauslage in den Schaufenstern.** In dem Auslegen von Waren im Schaufenster mit Preisberechnung ist im allgemeinen nach der bestehenden Rechtsanschauung ein bindendes Angebot im Sinne des § 45 BGB. nicht enthalten, es ist vielmehr darin eine unverbindliche Aufforderung zum Kauf zu erblicken. Die Auslagen in den Schaufenstern sind, wie auch das Reichsgericht in einem Streitfalle entschieden hat, weniger Verkaufsobjekte, sondern sie sollen in der Hauptsache dazu dienen, dem Publikum die Preislage der im Geschäfte überhaupt verkäuflichen Waren gleicher Art zur Kenntnis zu bringen. Der eine Ware ausstellende Verkäufer ist also zivilrechtlich nicht verpflichtet, diese an einen Kauflustigen gegen Erlegung des Preises abzugeben, sofern die gleichen Waren zu gleichen Preisen im Laden vorrätig sind. Sind Waren gleicher Art und zu gleichen Preisen im Laden nicht vorhanden, so ändert dies in zivilrechtlicher Hinsicht nichts, wohl aber kann hier ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb in Frage kommen. Namentlich, wenn die im Schaufenster ausgelegten Waren nicht mit den wirklichen Verkaufspreisen im Geschäfte übereinstimmen, liegt ein Verstoß gegen § 4 UWG. vor. Es handelt sich dann um eine unrichtige Angabe, die geeignet ist, den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen. Diese Entscheidung des Reichsgerichts dürfte nunmehr endlich eine alte, fast alltägliche Streitfrage geklärt haben.

Hölz in Böhmen zu vier Monaten Kerker verurteilt.

Prag, 20. Juli. Der sächsische Kommunistenführer Hölz, der nach Böhmen geflüchtet war, hatte sich Montag vor dem Kriegsgericht zu Gitschin zu verantworten. Er wurde zu vier Monaten Kerker verurteilt, weil er bei seiner Verhaftung Handgranaten bei sich geführt hatte, doch wurde ihm die bedingungsweise Verurteilung zugebilligt. Über sein endgültiges Schicksal wird das tschechische Ministerium der Justiz entscheiden. Hölz wird entweder nach Sachsen ausgeliefert oder unter Polizeiaufsicht gestellt.

Vermischtes.

* **Ein unheimlicher Leichentransport.** Auf Anzeige eines Chauffeurs, der von Aachen aus einen Kleiderschrank nach Köln transportieren sollte, wurde ein Landwirt aus Stolberg bei Aachen verhaftet. Im Kleiderschrank befand sich die Leiche eines Mädchens, das bei einem Landwirt in Diensten gestanden hatte und durch einen operativen Eingriff in die Mutterschaft gestorben war. Eine zweite Person, die sich in der Gesellschaft des Landwirts befand, flüchtete. Sie hatten gemeinsam den Chauffeur beauftragt, den Kleiderschrank an den Rhein zu schaffen, um sich dort wahrscheinlich der Leiche zu entledigen. In die Angelegenheit sind noch andere Personen aus Aachen verwickelt, deren Verhaftung bevorsteht.

* **Die Unwetterverheerungen in Westdeutschland,** über die wir berichteten, sind größer, als man zunächst übersehen konnte. Besonders stark wurden einzelne Dörfer sowie mehrere niederrheinische Städte mitgenommen. Durch Sturm und Hagelschlag wurde in weiten Bezirken das Getreide sowie die Obsternte vollkommen vernichtet. Die Bewohner einzelner Ortschaften stehen vor völligem Ruin, so daß Staatshilfe einsetzen muß. Im Oberrhein kamen mehrere Personen zu Tode, die beim Baden im offenen Fluß vom Unwetter überrascht wurden.

* **Opfer eines Raubüberfalles.** Aus Stettin wird gemeldet: In der Nähe des Kamminer Kirchhofes wurden zwei junge Männer in einer Blutlache aufgefunden. Der eine war tot, der andere verstarb gleich nach seiner Einlieferung in das Kreiskrankenhaus. Es handelt sich um zwei junge Zigeunerburschen, die einem Raubüberfall zum Opfer gefallen sind. Als mutmaßlicher Täter wurde ein Mann festgenommen.

* **Bebauungspläne der Stadt Köln.** In einer Pressekonferenz entwickelte der Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer den Vorschlag der Stadtverwaltung, am südlichsten Ende der Stadt ein Industriegelände und einen Handelshafen zu schaffen. Das Projekt beansprucht bei völligem Ausbau eine Ausgabe von 50 Millionen Mark, die durch Ausgabe einer Anleihe aufgebracht werden sollen. Der erste Ausbau werde den Betrag von 20 Millionen Mark verschlingen. Die bisherigen Hafenanlagen der Stadt beanspruchen jährlich Zuschüsse von etwa einer Million Mark. Bei der neuen Hafenanlage rechnet man mit einem jährlichen Zuschuß bis 6 Millionen Mark. Die Verwaltung betrachtet die wirtschaftliche Zukunft der Stadt Köln als verhältnismäßig günstig durch ihre ausgezeichnete Lage im internationalen Verkehr.

* **Im Gewittersturm gekentert.** Am Sonntag abend wurden vier Boote der Bingener Rudergesellschaft bei der Heimkehr von einem Ausfluge von einem plötzlich einsetzenden Gewittersturm überrascht. Eines der Boote kenterte und zwei von den Insassen ertranken, während der dritte gerettet werden konnte.

* **Bootsunglück bei Swinemünde.** Aus Swinemünde wird berichtet: Bei einem Gewittersturm kam es in der Kaiserfahrt zu einem Zusammenstoß zwischen der vollbesetzten Dampfpinasse des Vermessungsschiffes „Triton“ und einem Segelboot. Dabei wurde der Heizer Erich Fahr schwer verletzt und über Bord geworfen. Der Marinearzt Dr. Paul Robert sprang dem Verunglückten nach, um ihn zu retten. Beide fanden den Tod in den Fluten. — In Anklam auf der Peene kenterte bei einem Gewittersturm ein Segelboot. Von den vier Insassen sind der Kinobesitzer Poll aus Anklam und seine Tante ertrunken.

* **Kampf zwischen Polizei und Verbrechern.** Die Vertriebszentrale für landwirtschaftliche Maschinen in Berlin wurde von Einbrechern heimgesucht. Durch zufällige Beobachtungen der Hausbewohner konnten die Täter von der Sicherheitspolizei auf frischer Tat überrascht werden. Bei dieser Gelegenheit kam es zwischen den Beamten und den Einbrechern zu einer Schießerei, die damit endete, daß der Arbeiter Schirrschmidt getötet und sein Helfer Max Schulze schwer verletzt wurde. Das bereits verpackte Diebesgut, für 80 000 M Gummimäntel, konnte gerettet werden.

* **Der Essener Meineidsprozeß vom August 1895,** der seinerzeit großes Aufsehen erregte, wird jetzt wieder in Erinnerung gebracht dadurch, daß aus Garmisch-Partenkirchen die Nachricht kommt, daß dort im Alter von 62 Jahren der Bergarbeiterführer Johann Meyer gestorben ist. Auf Grund falscher eidlicher Bekundungen des inzwischen verstorbenen Gendarmen Münter wurden in diesem Prozeß Johann Meyer, Ludwig Schröder und andere Führer des alten Bergarbeiterverbandes zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Meyer hat damals 3½ Jahre Zuchthaus unschuldig verbüßen müssen. Erst nach fast anderthalb Jahrzehnten gelang es den zähen und energischen Bemühungen des Justizrats Dr. Niemeyer in Essen, die Wiederaufnahme des Verfahrens zu erzielen. In der erneuten Verhandlung wurden sämtliche Verurteilten freigesprochen.

* **Die ersten Todesurteile der Saarbrücker Regierung vollstreckt.** Der Präsident der Saarbrücker Regierung hat kürzlich die beiden ersten Todesurteile gegen zwei junge Burschen im Alter von 22 Jahren bestätigt, die im Vorjahre zwei alte Frauen und ein zwölfjähriges Mädchen ermordet und beraubt hatten. Die Mörder sind jetzt in Saarbrücken hingerichtet worden.

Schwerer Ausstellungsraub in Bad Elster.

Bad Elster, 21. Juli. In der vergangenen Nacht ist im Kurhaus in dem im Vorzimmer stehenden großen Ausstellungsraum eingebrochen worden und daraus alle dort untergebrachten und von Tausenden bewunderten kostbaren Spitzen usw. gestohlen worden. Der Wert der gestohlenen Sachen beträgt viele Tausende von Mark. Ein großer Teil der Sachen ist, da es sich nur um Ausstellungssachen handelt, unersetzlich.

Beisetzung der Exkaiserin Eugenie.

London, 21. Juli. Am Dienstag fand in Farnborough die Beisetzung der Exkaiserin Eugenie statt, an der Prinz Napoleon, die Prinzessin Clementine, die englischen und spanischen Gouverneure, der ehemalige portugiesische Gouverneur, sowie die Botschafter von Italien und Schweden als Vertreter ihrer Staatsoberhäupter teilnahmen.

Die Hilfe
Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst
Begründer: D. Friedrich Naumann.
Schriftleiter Wilhelm Heile u. Dr. Gertrud Bäumer.
Probeheft kostenfrei.

Vierteljahrespreis 7,50 M.
Verlag der „Hilfe“, Berlin NW. 40.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rößner; für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Anzeigen.
Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Junger Herr sucht
einfach möbl. Zimmer.
Ang. unt. 1628 an die Exp. d. Bl.

Alleinstehender Herr sucht
1 bis 2 leere Zimmer
Ang. unt. 1646 an die Exp. d. Bl.

Statt Karten!
Für die vielen Gratulationen, Geschenke und Ehrungen zu unserer Hochzeit danken herzlichst.
Hans Dahmke u. Frau Lina geb. Faust.
Frankleben im Juli 1920.

Suche zum 1. August in Merseburg einen
luftigen, leeren Raum
zum Einstellen von Möbeln.
Ang. unt. 1651 an die Exp. d. Bl.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Mutter sagen wir auf diesem Wege allen unsern
herzlichsten Dank
Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen
Reinhold Harport.
Meuschau, den 21. 7. 20.

Junger, gebildeter Beamter sucht für sofort
1 oder 2 möbl. Zimmer
Nähe Bahnhof. Angeb. unter 1635 an die Exped. d. Bl.

2 junge Herren suchen per sofort
einfach möbl. Zimmer
oder Schlafstelle. Angeb. unter 1649 an die Exped. d. Bl.

Hausgrundstück
mit Toreinfahrt u. großem Hof oder Garten zu kaufen gesucht.
Ang. unt. 1639 an die Exp. d. Bl.

Keller (möglichst in Mitte der Stadt) zu mieten gesucht. Angeb. m. Preisangabe unter 1653 an die Exp. d. Bl.

40000 Mark
sucht Geschäftsmann sofort zu 12 % aus Privathand zu leihen. Bürge und Sicherheit vorhanden. Angebote unter 1650 an die Expedition dieses Blattes.

Suche zum 1. Oktober
60000 Mark
und zur zweiten Stelle 30000 M. auf ein gutgehendes Geschäft.
Ang. unt. 1643 an die Exp. d. Bl.

Neuer Anzug
(Marengo-Cheviot), Maßarbeit, Gr. 1,70 m, Preis 860 Mark, verkauft Rauch, Friedrichstr. 1.

Kinder-Mantel zu verkaufen
Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

1 Paar fast neue Halbschuhe
(Gr. 42) zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Gute Herren-Stiefel,
Nr. 45, zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

2 Bettstellen mit Matratze,
1 eis. Bettstelle u. Kleiderschrank zu verk. Rössen Nr. 26, (Dorf).

Ein Tafelklavier
Nähmaschine und 1 Handwagen (5 Ztr. Tragkraft) zu verkaufen Roonstr. 13, p.

Herren-Fahrrad billig zu verkauf. Rot. Feldweg 8, part.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200721-13/fragment/page=0003

Kleine Anzeigen
finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Mehrere Möbel sind z. verkauf.
Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Kl. Aquarium
zu verkaufen. Daselbst wird Spiegelglas (40 × 25) gekauft oder gegen obiges getauscht. Off. unt. 1612 an die Exp. d. Bl.

Kleine Enten u. Hühner
verkauft Meuschau 73 b.

4 Schlacht-Gänse
z. verk. Leuna Nr. 43 (Dorf).

4 junge Kaninchen
zu verk. Blumenthalstr. 11, I.

Eine frischmilchende Kuh
steht zum Verkauf
Trebnitz Nr. 23.

Junge Hündin
zu verk. Gr. Sixtstr. 9, 1 Tr.

Prachtvoller, schottischer Schäferhund, gute Dressur, 2 Jahre im Felde gewesen, zu verkaufen. Zu erfrag. in der Exped. d. Bl.

Strohseile
sind abzugeben Gensa Nr. 31.

Noch gut erhaltene Turnschuhe
(Größe 37) zu kaufen gesucht. Nähere Adresse in der Exped. d. Bl. zu erfragen.

Verstellbarer Kinderstuhl
gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angebote unter 1648 an die Exp. d. Bl.

Kleiner Eisschrank
innen m. Glas), Drahtmatratze, kleiner Tisch mit Stuhl zu kaufen gesucht. Angebote unter 1647 an die Exp. d. Bl.

Kleeheu
kauft
H. Bode Nachf.

Quittungsbücher für Miete, Zinsen, Pacht
hält vorrätig
Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent".

Alte Herren- u. Damen-Filzhüte werden neu
in moderne Formen umgepreßt, gereinigt und gefärbt.
Annahmestelle:
Frau Schulze, Friedrichstr. 30.
Hutpresserei Böker & Schulze.

Geldschränke, Kassetten Mauerschränke sof. lieff. Preisl. umsonst. H. & F. Steinbach, Mühlhausen 178 Th.

Brikett - Bezugscheine
zur baldigen Belieferung nimmt wieder an Fa. Franz Schönfeld, Teichstraße 17.

Damengarderobe
wird schnell angefertigt Große Ritterstr. 5 III (Lebensmittelamt)

Für das städtische Vermessungs- und Liegenschaftsamt werden zum möglichst sofortigen Dienstantritt

2 jüngere gewandte und gewissenhafte Meßgehilfen

gesucht. Einstellung erfolgt als städtische Angestellte gegen tarifmäßig festgesetzte Besoldung. Meldungen bis einschl. 27. Juli 1920 beim städtischen Vermessungsamt, neues Rathaus.
Merseburg, den 16. Juli 1920.
Der Magistrat.
I 2157/20.

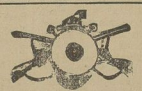
Nachtwächter-Gesuch.
Die Nachtwächterstelle incl. Gänsehüten der Gemeinde Bläsien ist anderweit zu vergeben. Zu melden beim
Gemeindevorsteher.

Junger Mann
im Alter von 17—20 Jahren aus besserer Familie mit guter Allgemeinbildung, durchaus zuverlässig in allen Kontorarbeiten, für das Baubüro einer großen Baufirma auf den Leuna-Werken, als kaufmännische Hilfskraft, gesucht. Selbstgeschriebene Angebote mit Lebenslauf und Gehaltsansprüchen unter 1645 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Kurhaus Dürrenberg
hält seine Lokalitäten werten Vereinen u. Gesellschaften bestens empfohlen.
Saal noch einige Sonntage frei.

Sommer-Anzüge aus Jagdleinen
Sportjoppe Mk. 120,—
Hose Mk. 86,—
Frz. Hildebrandt
Kleine Ritterstraße 13.

Nähmaschinen
werden schnell u. gut repariert bei
L. Albrecht, Hallesche Str. 19.



Schießklub Centrum
Freitag, den 23. 7. 20, abds. 8 Uhr im „Neuen Schützenhaus"
General-Versammlung.
Der Wichtigkeit halber Erscheinen sämtlicher Mitglieder Pflicht.
Der Vorstand.

Heilquellen Neu-Ragoczy
Niederlage: Gotthardt-Drogerie, Merseburg. Gotthardtstrasse, Telephon 263

Preiswerte Angebote
in:
Handtücher in weiß und grau von 9,— M. an
Wisch- und Staubtücher gute leinene
Qualität 9,75 8,75 6,50 M.
Scheuertücher 4,— 3,50 2,70 M.
Taschentücher für Damen, Herren und Kinder in großer Auswahl und jeder Preislage vorrätig bei
Otto Dobkowitz.

Cognac, feinster Weinbrand — Cognac, Weinbrand-Verschnitt
Jamaica-Rum-Verschnitt — ff. Kornbranntwein
sowie größte Auswahl in
ff. Rhein-, Mosel- und Rotweinen
für Händler und Gastwirte beste Bezugsquelle
empfiehlt
Walther Bergmann
Weingroßhandlung — Fernruf 200

10 Wagg. Flaschen
Wein-, Sekt-, Cognak-, Wasser-, Maggi-Flaschen.
Dänische Sahne-Flaschen
kauft zu höchsten Tagespreisen
Rohprodukten-Zentrale
Halle a. S., Dessauer Str. 5. / Tel. 2292

Jüngeren Arbeiter
sucht Fritz Lebert, Burgstr. 18.

Tüchtige, geübte
Stenotypistin
für Büro Ammendorf gesucht. Es wird nur auf eine tüchtige Kraft reflektiert, welche bereits in Maschinenfabriken oder größeren Einkaufsabteilungen oder im Bergbau tätig gewesen ist. Angebote mit Zeugnisabschriften erbeten unter 1644 an die Expedition dieses Blattes.

Zum sofortigen Antritt eine perfekte
Stenotypistin
für größeren Betrieb gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Angabe von Gehaltsansprüchen erbeten unter 1642 an die Exped. d. Bl.

Zum 1. 9. cr. evtl. früher suche ich eine selbständige
Köchin
mit guten Zeugnissen bei hohem Lohn.
Frau Ida Helft,
Halle a. S.,
Alte Promenade 19/20.

Kontoristin
mögl. vertraut in Stenographie gesucht. Schriftl. Angebote an W. Büttner, Baugeschäft, Friedrichstraße 36.

Junges Mädchen und jungen Mann
mit guter Schulbildung als
Lernende
gesucht. Franz Seyffert,
Kl. Ritterstr. 18, Schreibw.-Hdlg.

Suche zum 1. August
15—16j. Mädchen
als 2. Hausmädchen.
Wendenburg,
Ritergut Werder bei Merseburg.

Junges Mädchen
für den ganzen Tag gesucht. Zu erfragen Annenstr. 22, pt.

Aufwartung
sofort gesucht Nulandstr. 6.

Binderpeitsche verloren.
Bitte abzug. Hallesche Str. 32.

Die Frau, welche am Mitwoch früh gegen 10 Uhr bei Freygang die Brieftasche an sich genommen hat, ist erkannt und wird ersucht, dieselbe umgehend zurückzugeben, da sonst polizeilich vorgegangen wird.
Freygang, Gr. Ritterstraße.

Auf Grund des § 160 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung und des § 2 Abs. 2 des Versicherungsgesetzes für Angestellte ist der Wert der Sachbezüge für den Bezirk des Versicherungsamts Merseburg-Land (ausschließlich des Bezirkes des städtischen Versicherungsamts Merseburg) wie folgt festgesetzt worden:

Gruppe der Versicherten (beiderlei Geschlechts, wenn keine zulässige Angabe gemacht ist).	Verpflegung für den Tag: volle	Verpflegung: reichliche 1. Frühstück (Frühkaffee)	Verpflegung: reichliche 2. Frühstück	Verpflegung: reichliche Mittagessen	Verpflegung: reichliche Nachmittagskaffee	Verpflegung: reichliche Speise	Verpflegung: reichliche Abendbrot	Wohnung: Einzelwohnung unmöbliert monatlich	Wohnung: Einzelwohnung unmöbliert jährlich	Wohnung: Einzelwohnung möbliert monatlich	Wohnung: Einzelwohnung möbliert jährlich	Wohnung: Schlafraum für 1 Person monatlich	Wohnung: Schlafraum für 1 Person jährlich	Wohnung: Familienwohnung ohne Land monatlich	Wohnung: Familienwohnung ohne Land jährlich	Heizung für 1 Person monatlich	Heizung für 1 Person jährlich	Heizung für 1 Familie monatlich	Heizung für 1 Familie jährlich	Beleuchtung für 1 Person monatlich	Beleuchtung für 1 Person jährlich	Beleuchtung für 1 Familie monatlich	Beleuchtung für 1 Familie jährlich	Kleidung für 1 Person monatlich	Kleidung für 1 Person jährlich
I. Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung, Handlungsgehilfen und Gehilfen in Apotheken, Gewerbegehilfen jeder Art, Gesellen im Privathaushalt u. Gewerbebetrieb, über 18 Jahre alte Personen, Hausdiener und Dienstmädchen, Lehrlinge und (Lernende), Arbeiter, Hausgehilfen (Wirtschaftseinnehmen) bei mittleren Gründe, Hausspärtner usw., männliche Dienstboten.	8,56	0,50	1,50	3,—	0,30	1,25	2,—	59,85	250,56	51,10	219,—	2664,56	3120,75	—	0,50	3,50	15,—	182,50	0,30	1,—	7,—	30,—	365,—	—	1,—	7,—	30,—	365,—
II. Handlungslehrlinge und Lehrlinge in Apotheken, Gewerbegehilfen jeder Art, Gesellen im Privathaushalt u. Gewerbebetrieb, über 18 Jahre alte Personen, Hausdiener und Dienstmädchen, Lehrlinge und (Lernende), Arbeiter, Hausgehilfen (Wirtschaftseinnehmen) bei mittleren Gründe, Hausspärtner usw., männliche Dienstboten.	7,30	0,50	1,—	2,50	0,30	1,—	2,—	51,10	219,—	2664,56	0,50	3,50	15,—	182,50	0,30	1,—	7,—	30,—	365,—	1,—	7,—	30,—	365,—	—	1,—	7,—	30,—	365,—
III. Weibliche Dienstboten, Aufwärterinnen, Waschfrauen, Hausgehilfinnen (Wirtschaftseinnehmen) bei Personen der unteren Gehaltsgruppen, weibliche Personen im Lebensalter 18 Jahren, gemeinl. Lehrlinge.	5,60	0,30	0,75	2,—	0,30	0,75	1,50	39,20	168,—	2044,—	0,40	2,80	12,—	146,—	0,30	2,10	9,—	109,50	0,20	1,40	6,—	73,—	—	0,20	1,40	6,—	73,—	—	1,—	7,—	30,—	365,—

Diese Sätze treten vom 15. Juli d. Js. ab in Kraft und haben bis zur anderweiten Festsetzung der Sachbezüge Gültigkeit.
Für weitere Berufsgruppen mit regelmäßigen Verhältnissen der Sachbezüge wird Eingeprüfung und Festsetzung vorbehalten.

Merseburg, den 15. Juli 1920.

Das Versicherungsamt Merseburg-Land.
J. V.: Kürsten, Kreissekretär.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200721-13/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 159. Mittwoch den 21. Juli 1920. 47. Jahrg.

Reichstagsabgeordneter Delius über die Verhandlungen in Spa.

In Bitterfeld fand am 18. Juli ein trotz der ungünstigen Verbindungen gut besuchter Kreisparteitag der Deutschen demokratischen Partei statt. Neben Organisationsfragen wurde zu den schwebenden politischen Tagesfragen Stellung genommen. Reichstagsabgeordneter Delius machte längere Ausführungen über den verflossenen Wahlkampf, die neue Regierungsbildung und die Verhandlungen in Spa. Er sah in diesen Verhandlungen, trotz der wenig entgegenkommenden Haltung unserer Feinde, einen Lichtblick. Wenn man ehrlich sein wolle, müsse man zugeben, daß namentlich in der Kohlenfrage doch mancherlei erreicht worden sei. Fraglich bleibe, ob Deutschland selbst die ermäßigten Verpflichtungen einhalten kann. Hier sei das Schicksal von Land und Volk in die Hand des Ruhrbergmannes gelegt. Von seinem nationalen Empfinden und Arbeitseifer hänge es ab, Deutschland vor dem Untergange zu retten. Heute schon ein Urteil über Spa zu fällen, sei verfrüht. Das wird erst möglich sein, wenn die Regierung gesprochen hat. Davon hängt auch die Stellung des Reichstags ab. Das eine scheint aber festzustehen, daß das Reich in dem Minister Simons einen ebenso fähigen wie einflußreichen Unterhändler besitzt. Herr Simons hat die undankbare Aufgabe, die Verträge von Spa zu rechtfertigen. In der Entwaffnungsfrage wird ihm das nach den Erklärungen Geßlers nicht ganz leicht werden. Jedenfalls sollte das Volk, wenn seine Vertrauensleute das Werk von Spa billigen sollten, nun allen Streit beiseite lassen und ernsthaft an den Wiederaufbau herangehen. Zur Durchführung desselben werden wir noch weitere Verhandlungen mit unseren Feinden nötig haben und auf ihr Entgegenkommen rechnen müssen. Das kann aber nur durch die geschickte Arbeit weitblickender Staatsmänner und nicht durch Illusionspolitiker erreicht werden.

Wenn jetzt über die mangelhafte Vorbereitung der deutschen Delegierten geklagt würde, so sei diese Klage gewiß berechtigt. Schuld daran seien aber nicht die deutschen Vertreter, sondern die Politiker der Rechtsparteien und nicht zuletzt die deutsche Wählerschaft, die ihr Verdienst darin sah, den Regierungsblock zu zertrümmern und nun entsetzt ist, daß die Regierungsmänner, die zwei Minuten vor Spa in ihre Ämter kamen, ohne Vorbereitung zu den für Deutschland so überaus wichtigen Verhandlungen gehen mußten. An den Folgen der Kurzsichtigkeit wird das deutsche Volk noch manchmal schwer zu tragen haben. Wenn es dann nur wenigstens klug wäre.

Die Lage im Reiche.

Französisches Attentat auf die Reichseinheit?

(Von unserem Berliner As.-Mitarbeiter.)

In München hat bekanntlich dieser Tage der französische Gesandte Mr. Dard dem bayerischen Ministerpräsidenten sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Durch die Einrichtung einer französischen Gesandtschaft in München ist eine immerhin nicht ganz unbedenkliche Lage geschaffen worden. Nach Artikel 78 der Reichsverfassung ist die Pflege der Beziehungen zu den auswärtigen Staaten ausschließlich Sache des Reiches, nicht aber der einzelnen Gliedstaaten. Danach wäre es also unzulässig, daß Bayern eine andere Stellung einnimmt als die übrigen deutschen Staaten. Demgegenüber berufen sich die Franzosen nun auf die Einleitung zum Friedensvertrag, nach der nach Inkrafttreten des Vertrages „die amtlichen Beziehungen der alliierten und assoziierten Mächte zu Deutschland und dem einen oder anderen der deutschen Staaten wieder aufgenommen" werden. Nach dem Vertrage von Versailles dürfe aber keine Bestimmung der deutschen Verfassung dem Friedensvertrag widersprechen. Es ist immerhin merkwürdig, daß die Franzosen erst jetzt auf diesen Widerspruch stoßen, während sie z. B. bei dem Artikel der Verfassung, in dem vom Anschluß Deutsch-Österreichs die Rede ist, sehr zeitig Protest einlegten. Die Vermutung liegt natürlich nahe, daß man in französischen Kreisen die bayerischen Eigenbrödelei allzu sehr überschätzt, und daß man hofft, schließlich doch einen Keil zwischen Bayern und das Reich treiben zu können. An Andeutungen hierfür hat es in der französischen Presse in der letzten Zeit gewiß nicht gefehlt. Es ist zum Beispiel wiederholt darauf hingewiesen worden, daß man unter gewissen Umständen Bayern in der Frage der Einwohnerwehren entgegenkommen könne. Es spricht zweifellos nicht für das gute Gewissen, daß der französische Gesandte nach München entsandt wurde, ohne daß vorher das übliche Agrement nachgesucht wurde. Auch die Überreichung des Beglaubigungsschreibens scheint in einer mehr als merkwürdigen Form vor sich gegangen zu sein. Der bayerische Ministerpräsident soll durchaus auf dem von der Verfassung vorgezeichneten Standpunkt der Reichsregierung stehen und hat den Empfang des Gesandten lediglich nicht abgelehnt, um nicht weitere Schwierigkeiten zu schaffen. Der Ministerpräsident von Kahr hat ja gerade erst in diesen Tagen die Reichstreue Bayerns wieder betont. Diese Betonung scheint durchaus notwendig, um bei den Alliierten keine falschen Hoffnungen aufkommen zu lassen, denn das „Journal" hält es für wahrscheinlich, daß auch England und Italien dem französischen Beispiel folgen werden. Jedenfalls wird man gut tun, das französische Liebeswerben um Bayern mit aller Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Ein neuer Zwischenfall mit Entente-Offizieren.

In der Nacht zum Dienstag kam es, wie uns aus Berlin berichtet wird, am Bahnhof Charlottenburg zu einem Zwischenfall mit zwei Entente-Offizieren von der Interalliierten Luftkontrollkommission. Nach einer Darstellung des Publikums sollen die Offiziere Passanten beleidigt haben. Es schien darauf zu Tätlichkeiten kommen zu sollen. Die Sicherheitspolizei führte die Offiziere, die keinen Ausweis bei sich hatten, zu ihrem eigenen Schutze auf ein Polizeirevier, wo sie bis zur Feststellung ihrer Identität blieben. Wie wir hören, sind beide Offiziere Engländer. Sie sollen nicht ganz nüchtern gewesen sein. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Frankreich unterstützt Dortens Pläne.

Wie die „Preß-Information" in Ludwigshafen erfährt, ist Dr. Dorten in Aachen und anderen rheinischen Städten erneut mit französischen höheren Offizieren in Berührung gekommen. Es zeigt sich, daß Dr. Dorten in seinen Plänen, die rheinische Republik zu proklamieren, andauernd heimlich von Frankreich und insbesondere von den französischen Militärs unterstützt wird.

Ein Notschrei der Deutschen des Soldauer Landes.

Königsberg i. Pr., 20. Juli. Mehr als 1500 deutsche Männer, die aus dem Soldauer Gebiet in den letzten Wochen flüchten, sowie Hab und Gut und ihre Angehörigen verlassen mußten, um der rechtswidrigen Einziehung zum polnischen Heeresdienst zu entgehen, haben an den Oberpräsidenten die dringende Bitte gerichtet, alles daran zu setzen, um Soldau und Umgegend, einen Teil des Kreises Neidenburg, für Deutschland zu retten. In dem Gesuch heißt es: Im Kreise Neidenburg stimmten 98,5 Prozent für Deutschland. Das Soldauer Land ist noch heute nach dem Willen der Bevölkerung treudeutsch und wird es bleiben. Wir werden uns nie dem polnischen Joch fügen. Helft uns! Rettet uns aus unserer großen Not!

Nach dem überwältigenden Abstimmungssieg vom 11. Juli ist die ganze Welt aufmerksam geworden auf die unhaltbaren Grenzverhältnisse im deutschen Osten, die einer gerechten Revision bedürfen. Die deutsche Regierung wird auf Grund des Abstimmungsergebnisses beim Rat der Alliierten beantragen, daß auch für die an Polen gefallenen Gebiete des Deutschen Reiches noch eine Volksbefragung eintreten muß. Wir hoffen, daß dieser Antrag angenommen wird, und daß bei der dann stattfindenden Volksabstimmung nicht nur das Soldauer Land, sondern auch beträchtliche Gebiete des früheren Westpreußen wieder deutsch werden.

Verhaftung eines Kommunistenführers.

In Berlin wurde der Komunist Leo Werner, der in der Münchener Rätezeit sich zum Bürgermeister von München gemacht hatte, auf einem Holzplatz in Strelau, wo er arbeitete, verhaftet.

Provinz und Umgegend.

h. **Halle**, 20. Juli. In der geheimen Sitzung der Stadtverordneten berichtete der Vorsteher Hennig über die Verhandlungen, die eine Kommission, von der sich aber die bürgerlichen Parteien ferngehalten haben, mit dem Oberbürgermeister Dr. Rive über die Bedingungen seines Rücktritts geführt hat. Oberbürgermeister Rive verlangt auf zehn Jahre — solange würde seine Amtszeit noch laufen — das volle Gehalt, und zwar nach den Sätzen, die man auf Grund der Besoldungsreform dem künftigen Oberbürgermeister zahlen wird, nämlich 62 700 ℳ jährlich, nach Ablauf der zehn Jahre dreiviertel des Gehalts als Pension, dazu die Bürgermeistervilla, die auf Grund einer Stiftung dem Oberbürgermeister Dr. Rive persönlich zusteht, und noch eine besondere Vergünstigung hinsichtlich der Versorgung seiner Hinterbliebenen. Einmütig lehnten die Stadtverordneten diese Bedingungen ab, die beiden sozialdemokratischen Fraktionen, weil sie über die Höhe der Forderungen betroffen sind, die bürgerlichen Parteien, weil sie meinen, die anerkannt große Arbeitskraft und verwaltungstechnische Fähigkeit des Dr. Rive müsse unserer Stadt erhalten werden. — In der öffentlichen Sitzung wurden eine Anzahl Haushaltspläne genehmigt, darunter der des Elektrizitätswerkes, der einen Überschuß von 7½ Millionen Mark aufzeigt. Ein Antrag, das Stadttheaterorchester, das jetzt nur dem Theater zur Verfügung steht, zu einem städtischen Orchester mit vielseitigen Verwendungsmöglichkeiten auszubauen, wurde dem Theaterausschuß überwiesen und zugleich 130 000 ℳ bewilligt, um die von der Stadt angekauften Thaliasäle zu einer Schauspielbühne auszugestalten, auf der viermal in der Woche gespielt wird, woraus man einen Gewinn von 100 000 ℳ erhofft.

† **Leipzig**, 20. Juli. Eine 55jährige Sprachlehrerin in der Konstantinstraße in Leipzig-Reudnitz bereitete auf Gas ihren Kaffee, während in unmittelbarer Nähe des Gaskochers ein mit Spiritus gefüllter Spirituskocher stand. Durch die Hitze des Gases explodierte dieser plötzlich, so daß die davor stehende Sprachlehrerin mit dem brennenden Spiritus überschüttet wurde und so schwere Brandwunden erlitt, daß sie daran verstarb.

† **Meinersen** (Kr. Gifhorn), 20. Juli. Bei einer versuchten Lebensrettung ist hier die Stütze Elise Niebuhr, ein Mädchen von 19 Jahren, selbst ertrunken. Unter ihrer Aufsicht badeten in der Oker die drei Töchter des Pastors Kuhlgatz. Die älteste war in einen Strudel geraten und dem Ertrinken nahe. Da sprang Fräulein Niebuhr in voller Kleidung in den Fluß. Auch ein russischer Kriegsgefangener und der Handelsmann Ernst Hermann sprangen ins Wasser. Diesen beiden gelang die Rettung der kleinen Kuhlgatz. Fräulein Niebuhr konnte nur als Leiche geborgen werden.

Merseburg und Umgegend.

21. Juli.

(Weitere Nachrichten siehe Hauptblatt.)

** **Der erste Jugendpfarrer der Provinz Sachsen**, Hans Klaer, verläßt in diesen Tagen seine Arbeit, um eine Superintendentur in Salza zu übernehmen. Die „Magdeburger Zeitung" schreibt dazu: Hans Klaer hat acht Jahre lang mit unermüdlichem Eifer seinen Posten ausgefüllt. Seiner persönlichen Bemühung ist es zum größten Teil zu danken, daß zwischen der kirchlichen Jugendpflege und den Bemühungen des Staates in dieser Hinsicht keine dauernden Gegensätze entstehen konnten. Die Arbeit der Bibelkränzchen und der Neulandkreise hatte an Klaer auch einen tatkräftigen Förderer.

** **Kriegsvermißtennachforschung.** Das Zentralnachweisamt für Kriegsverluste und Kriegergräber, Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48, teilt mit: In letzter Zeit häufen sich die Nachrichten, daß heimgekehrte Kriegsgefangene wertvolles Material zur Nachforschung nach Vermißten, wie Erkennungsmarken, Soldbücher, Uhren, überhaupt staatliches und privates Eigentum, das bei Umbettungen von Toten in der Kampfzone gefunden wurde, behalten haben, um es den Angehörigen direkt zuzustellen. Hierdurch werden den amtlichen Stellen die unentbehrlichen Unterlagen für ihre Nachforschungsarbeiten entzogen. Da von seiten der durch Heimkehrer benachrichtigten Angehörigen nur in ganz geringen Fällen eine Meldung an das Zentralnachweisamt erfolgt, so werden von hier eingeleitete Nachforschungen oft nutzlos und zum Schaden anderer Familien Monate hindurch fortgesetzt. Es kommt hinzu, daß dieses den amtlichen Stellen entzogenes Material oft wichtige Aufschlüsse über andere Vermißte geben kann, jetzt aber infolge der Zurückhaltung nicht ausgewertet werden kann. Das Zentralnachweisamt für Kriegsverluste und Kriegergräber fordert deshalb alle Heimgekehrten, die noch im Besitz von Vermißtenmaterial sind, zur pflichtmäßigen Ablieferung dieser Fundstücke an die Behörde, Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48, auf. Zugleich werden die Familien, die durch zurückgekehrte Kriegsgefangene über das Schicksal ihrer Angehörigen benachrichtigt worden sind, aufgerufen, dies unverzüglich dem Zentralnachweisamt zur Berichtigung der Vermißtenlisten und etwaiger Einstellung weiterer Nachforschungen anzugeben. Jede diesbezügliche Meldung nimmt für den Kreis Merseburg die Kriegsgefangenenheimkehr Merseburg, Hallesche Straße Nr. 68, entgegen.

** **Polnische Postzensur.** Die polnische Regierung hat vom 1. Juli dieses Jahres ab die militärische Zensur sämtlicher in Deutschland eingelieferten und nach Polen gerichteten sowie aller nach Deutschland abgehenden Briefsendungen angeordnet. In Westpolen hat sie zunächst 3 Zensurstellen — in Posen, Bromberg und Thorn — eingerichtet. Erhebliche Überkunfts-Verzögerungen im deutsch-polnischen Briefsendungsverkehr werden infolge der Zensur-Durchführung unausbleiblich sein.

** **Eine traurige Statistik.** Im Untersuchungsamt für ansteckende Krankheiten des hygienischen Instituts der Universität Halle wurden insgesamt 1061 Untersuchungen vorgenommen und zwar: Tuberkulose 167, Typhus 41, Paratyphus 9, Ruhr 17, Diphterie 231, Gonorrhoe 13, Syphilis 510 und sonstige Krankheiten 73.

** **Die Aufgaben der deutschen Funkstellen.** Nachdem die durch den Friedensvertrag dem deutschen Funkverkehr auferlegten Beschränkungen weggefallen sind, findet der Funkverkehr wieder im vollen Umfange und in stärkerer Ausgestaltung als vor dem Kriege statt. Die Küstenfunkstellen nehmen den Verkehr mit den auf See befindlichen Schiffen wahr. Die Hauptfunkstelle Norddeich übermittelt Sturmwarnungen, Wetternachrichten, Nachrichten für Seefahrer an die Schiffe, während die Großfunkstellen Nauen und Eilvese dem früheren, von den Kabeln ausgeführten überseeischen Telegrammverkehr dienen. Nauen sendet außerdem täglich um 1 Uhr das international vereinbarte Zeitsignal aus, ferner deutsche Pressemeldungen, die auf diese Weise auf schnellstem Wege bis in weit entfernte Länder gelangen. Eine besonders wichtige Rolle spielt die Hauptfunkstelle Königs-Wuster-

Fordernde Liebe.

Roman von Erich Ebenstein.

21. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Aber mit eidechsenhafter Geschwindigkeit hatte Lou sich schon losgemacht und huschte mit triumphierendem Lächeln davon, wie ein Kind, das sich diebisch freut, dem Lehrer entwischt zu sein.

Anmutig schwebte sie in der Reihe der Paare dahin, rosig und strahlend, als hätte sie sich nie müde gefühlt.

„Nein, krank ist sie wirklich nicht", dachte Wera beruhigt, suchte sich einen versteckten Winkel nahe der Tür und ließ sich mißmutig nieder.

Walzerklänge ertönten. Wiegend drehten sich die Paare. Viele Bekannte kamen nach und nach, um Wera zum Tanz zu holen. Aber sie lehnte sehr bestimmt ab. Sie habe Kopfschmerzen und tanze heute nicht. Thalwann, der etwas kurzsichtig war, ging ahnungslos an ihr vorüber und suchte sie eifrig am anderen Ende des Saales. Da atmete sie erleichtert auf. Gottlob, nur den nicht wieder zur Seite.

Und doch fühlte sie sich innerlich vereinsamt wie nie zuvor im Leben. So leer — so zwecklos schien ihr alles.

„Woran denkst du — Großmütterchen?"

Wera fuhr zusammen. Lou stand vor ihr und betrachtete sie amüsiert.

„Verzeih, aber es fehlen wirklich nur mehr Brille und eine Haube, so ist die alte, weise Großmutter fertig! Was treibst du denn nur, Menschenkind? Warum verkriechst du dich hier hinter dem Türflügel, fängst Grillen und tanzt nicht?"

„Ich weiß selbst nicht. Ich habe keine Lust."

„Was? Keine Lust zu tanzen? Ja, bist du denn nicht jung wie wir andern? Reißt dich die Musik nicht empor, ob du magst oder nicht? Freust du dich denn gar kein bißchen, daß es so wunderschön ist heute abend?"

„Nein", antwortete Wera schroff. „Worüber soll ich mich denn freuen?"

„Worüber? Ach Gott!" Lou wandte den Blick nach oben, als wollte sie sagen: Ja, wenn du es nicht weißt, dann ist allerdings nicht zu reden mit dir!

Sie selbst freute sich so närrisch über alles: über die hübschen hellerleuchteten Räume, die vielen, geputzten, fröhlichen Menschen, den Tanz, die Musik . . .

„Arme Wera — warum bist du nur immer so ernst? So hat man doch gar nichts vom Leben", murmelte sie, streichelte flüchtig ihre Wange und schwebte mit ihrem Tänzer, der bescheiden zurückgetreten war, weiter.

Wera sah ihr verloren nach.

Ja — warum war sie eigentlich so? So — unjugendlich? Sie war es doch früher nicht gewesen! Da konnte sie lachen und scherzen wie die andern und sich mit ihnen freuen. Da hatte sie sich auch nie einsam gefühlt.

Erst seit sie Lou kannte, war das über sie gekommen.

Sie stand langsam auf. Nein, das Grübeln taugte nicht. Da sie schon nicht tanzte, wollte sie sich wenigstens ein bißchen um Mama umsehen, die sicher draußen bei den älteren Damen saß.

Eben im Begriff, den Tanzsaal zu verlassen, sah sie Lou abermals auf sich zukommen.

Aber diesmal schwebte sie nicht elfenhaft wie sonst. Schwer hing sie am Arm ihres Tänzers, eines blutjungen Leutnants. Ihr vorhin so rosiges Antlitz sah grau und verfallen aus.

„Ich weiß nicht — mir ist so sonderbar" stammelte sie, ihren Tänzer durch eine Handbewegung verabschiedend und sich taumelnd an Weras Arm hängend. „Bitte, geh mit mir irgendwohin, wo niemand ist — und — man atmen — kann!"

Die letzten Worte kamen wie ein Hauch über die erblaßten Lippen. Wera, tief erschrocken, zog sie rasch durch eine Tapetentür, die in Isoldes Boudoir führte.

Dort, zwischen kleinen Bouleschränkchen, auf rosengemustertem Teppich, standen kokette seidengepolsterte Stühlchen auf vergoldeten, geschweiften Beinen. Genien mit Rosenketten und zierliche Schäferinnen lachten von der Decke herab. Die Wände, gleichfalls mit rosengemusterter Seide überspannt, trugen kostbare alte Rokokospiegel und Girandolen mit geschliffenem Glasbehang. Eine einzige Ampel aus rosa Glas verbreitete spärliches Licht.

Wera drückte Lou auf einen Stuhl.

„Ist dir besser, Liebling?" fragte sie mitleidig. All der Groll gegen die Freundin, der dunkel und unbegreiflich in ihr gegärt hatte bisher, war völlig ausgelöscht. Sie empfand nichts, als wieder die alte sorgende Liebe für sie, wie zu Anfang ihrer Bekanntschaft.

Lou antwortete nicht.

Aus großen, angstgeweiteten Augen starrte sie Wera an. Plötzlich fuhr sie mit dem Taschentuch zum Mund. Wera sah, wie dieses sich rasch mit hellem, rotem Blut färbte.

„Lou!? Um Gottes willen — was ist das?" schrie Wera entsetzt.

Lous elfenbeingleicher Leib zitterte wie Espenlaub. Sie sah die roten Tropfen auf ihr blaßblaues Kleid niederfallen und schloß die Augen, aus denen Tränen flossen.

Wera stand einen Augenblick völlig fassungslos. Das Tanzen! fuhr es ihr durch den Kopf. „Du bist schuld daran! Du hättest sie mit Gewalt daran hindern müssen — er bat dich doch darum!" Mechanisch bettete sie die junge Frau auf eine Causeuse und stützte ihren Leib mit Polstern. Lou ließ alles willenlos mit sich geschehen.

„Wir müssen einen Arzt rufen", stammelte Wera nun verstört und wollte zur Tür. Da aber packte Lou heftig ihren Arm.

„Nein — nicht — ich will nicht, daß irgend jemand erfährt — was geschehen ist", stieß sie mühsam heraus. „Es — wird ja gleich vorüber sein — dann fahren wir still nach Hause — gib mir nur Wasser, bitte."

Wera eilte in das anstoßende Schlafzimmer der Schwester, goß mit bebender Hand Wasser aus einer Karaffe in ein Glas und brachte es der Freundin.

„Aber nun laß mich nach einem Arzt gehen", bat sie dringend, „es sind ja mehrere in der Gesellschaft! Ich will es ganz unauffällig machen — niemand sonst soll etwas erfahren."

„Nein!" sagte Lou wieder, nach ihrer Hand haschend und sie gewaltsam festhaltend. „Tu mir das nicht an! Bleibe bei mir! Es ist ja nun vorüber. Mama hatte das auch zuweilen, man ist nur schwach danach und braucht Ruhe", sie fuhr mit dem Taschentuch an die Lippen und versuchte zu lächeln. „Sieh — es kommt kein Blut mehr. Es ist wirklich vorüber. Nur ein bißchen Ruhe brauche ich noch!"

Sie hatte leise gesprochen, mit matter, heiserer Stimme. Nun schloß sie die Augen, ließ aber Weras Hand nicht los.

Wera setzte sich neben sie. Noch war sie ganz verstört, konnte das Ungeheuerliche nicht fassen. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel war es gekommen!

War das ein Blutsturz gewesen? War Lou schwer krank, ohne daß sie es bisher wußten? Oder hatte die Anstrengung des Tanzes nur ein harmloses Blutgefäß gesprengt? Sie hätte sich so gerne damit getröstet — aber die Bemerkung, daß auch Lous Mutter — „o Gott, es wäre schrecklich!" dachte sie und wagte den Gedanken gar nicht auszudenken. „Wie würde Roland dies tragen? Zu all seinen anderen Sorgen auch noch diese!"

Auch Lou dachte an ihre Mutter. Ja — so hatte es bei Mama angefangen vor fünf Jahren. Auch in einer Gesellschaft. Bleich und welk wie eine geknickte Blume hatten sie sie damals nach Hause gebracht mitten in der Nacht. Lou erinnerte sich noch genau an das Entsetzen, das sie befiel, als sie, die damals Fünfzehnjährige, aus dem Schlaf aufgeschreckt, zusah, wie man das blutbefleckte Kleid aus weißer Seide so stumm und vorsichtig von Mamas schlanken Leib zog.

Vierzehn Tage später hatte man sie nach dem Süden gebracht. Lou durfte sie nie mehr küssen. Und unter den Palmen und Lorbeerbäumen schleppten sich so viele bleiche, müde Menschen hin, hüstelnd, mit fieberglänzenden, traurigen Augen.

Seit damals haßte Lou den Süden. Und er hatte ja auch Mama nicht geholfen. Sie sehnte sich nur nach Paris zurück. Und als man im Mai wieder dorthin reiste, lebte sie nur für kurze Zeit noch einmal auf. Ein Vierteljahr später bettete man sie am Pere Lachaise.

Ein Schauer durchlief Lous Leib. Nein, nie würde sie sich nach dem Süden verbannen lassen unter all diese kranken Menschen! Sie haßte Kranksein. Sie wollte nicht krank sein! Sie war es ja auch nicht! Wie hätte sonst solch prickelnde Lebensfreude ihr ganzes Sein erfüllen können? Erst gestern — erst vor einer Stunde noch! Sie hatte einfach ein bißchen zu wild getanzt — dabei konnte dem gesündesten Menschen ein Äderchen platzen.

Dann packte sie wieder Grauen.

Wenn aber doch? Auch Mama hatte so gern gelebt, und solche Krankheiten sollten erblich sein!

„Ach was", sie biß die Zähne zusammen. „Dann erst recht! Dann mußte man die kurze Spanne Zeit ausnützen — dieses wundervolle Leben genießen bis zum letzten Atemzug!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200721-13/fragment/page=0005

hausen. Sie ist die Zentralstelle für den inneren und für den Funkverkehr mit den europäischen Ländern; sie vermittelt ferner einen von der Außenhandelsstelle ausgehenden Funkwirtschaftsdienst und demnächst probeweise einen von mehreren Nachrichtenbüros auszusendenden Funkpressedienst. Außerdem werden von ihr dreimal täglich Wetternachrichten gefunkt, die für die deutschen Wetterdienststellen und die Flughäfen bestimmt sind. Die Funkstellen des Reichsfunknetzes, deren Zahl ständig zunimmt, und die mit den Telegraphenämtern vereinigt sind, dienen dem Telegrammverkehr zwischen den wichtigsten Orten Deutschlands und treten hauptsächlich bei Überlastung und Unterbrechungen der Telegraphenlinien in Erscheinung.

** **Die Einziehung der Silbermünzen.** Nach der Verordnung der Reichsregierung vom 17. April 1919 sind die Silbermünzen, und zwar die ½-Markstücke, 1-Markstücke, 3-Markstücke und 5-Markstücke sowie die in Form von Denkmünzen geprägten 2-Markstücke ganz einzuziehen; sie gelten nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Bis zum 1. Januar 1921 werden ½-Markstücke, 1-Markstücke, 3-Markstücke und 5-Markstücke sowie die in Form von Denkmünzen geprägten 2-Markstücke bei den Reichs- und Landeskassen zu ihrem gesetzlichen Werte sowohl in Zahlung genommen, als auch gegen Reichsbanknoten, Reichskassenscheine und Darlehnskassenscheine umgetauscht. Die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausch findet auf durchlöcherte und andere als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewicht verringerte sowie auf verfälschte Münzstücke keine Anwendung.

** **Heidelbeeren.** Das gleichmäßig feuchte Frühjahr, das gerade zu rechter Zeit von einem nicht zu heißen Sommer abgelöst wurde, hat uns in allen Teilen unseres Vaterlandes eine ausnahmsweise gute Heidelbeerernte gebracht. Wenn trotzdem die Preise für Heidelbeeren — auch Blaubeeren oder Besinge genannt — nicht heruntergehen, sondern sich auf erheblich hohem Niveau halten, so ist das im Zeitalter des Wuchers nicht weiter verwunderlich. Und da dieser Wucher schon an der Quelle — beim Großaufkäufer — anfängt, so kann man den kleinen Geschäftsmann, von dem man schließlich letzten Endes die Ware bezieht, keinen Vorwurf wegen des hohen Preises machen. — Doch genug von diesem unerquicklichen Thema. — — Die Heidelbeere ist durch ihren Gehalt an Fruchtsäuren eine sehr gesunde Kost. Die unschöne Beigabe, die durch Blaufärbung der Zähne, Zunge und Lippen gegeben ist, läßt sich leicht beseitigen, wenn man Zähne und Lippen gleich nach dem Essen mit einem Essigläppchen abreibt. Getrocknete Heidelbeeren gelten ihres Gerbsäuregehalts wegen als gutes Hausmittel gegen Durchfall. Sie zu diesem Zwecke selbst zu trocknen, ist aber für den Privatmann nicht empfehlenswert, weil eie Heißluftanlage dazu gehört. Bekannt ist, daß Heidelbeeren, die man einmacht, gern „explodieren“, wenn nicht bereits aus der verschlossenen Flasche heraus, dann besonders häufig beim Entkorken der letzteren. Man soll deshalb Heidelbeerflaschen am besten im Freien öffnen, denn eine richtig losgehende Flasche sendet ihren Inhalt oft bis an die Zimmerdecke, und die entstandenen Flecke sind sehr schwer zu entfernen. Aus Heidelbeeren wird übrigens durch Vergärung auch ein Wein hergestellt, der tiefdunkelrot und ziemlich alkoholhaltig ist.

*

Milch für die deutschen Kinder.

Der Hallenser Physiologe Prof. Dr. Abderhalden hat kürzlich in der Naturforschenden Gesellschaft zu Halle einen Vortrag über Ernährungsprobleme gehalten und dort ausgeführt:

Zweifellos ist ein großer Teil unserer Jugend schwer geschädigt worden. Ein Hauptgewicht ist auf die Milch zu legen; die Kinder müssen unter allen Umständen täglich Milch erhalten. Alle Milch, die in Deutschland zur Verfügung ist, den Kindern zu geben, ist ein Gebot der Stunde. Prof. Abderhalden berichtet dabei über die wunderbar belebende Wirkung der Milch an seinen Versuchstieren.

Leider sind die Aussichten, bald für alle deutschen Kinder Milch zu beschaffen, äußerst gering. Darum verdienen alle Bestrebungen, vor allem die unterernährten Kinder mit Milch zu versorgen, die wärmste Unterstützung aller, denen die Ertüchtigung unserer Jugend am Herzen liegt. Die Heilsarmee, die in den vergangenen Monaten fast ½ Million Büchsen gezuckerte Kondensvollmilch gratis an unterernährte Stadtkinder ausgegeben hat, hat ihre Verteilung während der Sommermonate ausgesetzt. Sie wendet sich jetzt durch einen vom Reichsministerium des Innern gebilligten und geförderten und von vielen hervorragenden Persönlichkeiten warm befürworteten Aufruf an die weitesten Kreise um Geldspenden, die durch ihre eigenen Sammlungen in außerdeutschen Ländern für die unterernährten Kinder ergänzt werden sollen, so daß diese Liebestätigkeit, zu der noch viele Millionen nötig wären, bald in verstärktem Maße wieder aufgenommen werden kann.

Gaben können bei allen größeren Banken auf Konto: Kommandeur Joh. Ogrim, Frei-Milchspende der Heilsarmee“ oder auf „Postscheckkonto Berlin Nr. 81 378, Kommandeur Joh. Ogrim, Frei-Milchspende der Heilsarmee“, eingezahlt werden. Die durch diese Spende aufgebrachten Gelder werden im Einvernehmen mit den zuständigen Reichs- und Staatsbehörden, sowie im Zusammenwirken mit den kommunalen Jugendämtern verwendet. Da die Heilsarmee nicht die wünschenswerte Zahl von Helfern für Haussammlungen zur Verfügung hat, wird um Überweisung der Spenden in obenerwähnter Weise gebeten.

*

Die Maul- und Klauenseuche

ist neuerdings in weiteren 4 Gehöften unseres Kreises festgestellt worden, unter den Viehbeständen der Landwirte Otto Kind und Franz Karstädt in Spergau, Kurt Hofmann in Altranstädt und Gemeindevorstehers Lorenz in Schkölen. Die Gehöfte wurden als Sperrbezirke erklärt und die nötigen Schutzmaßnahmen angeordnet.

Nicht genug, daß unsere Gegner unerhörte Forderungen auf Grund des Friedensvertrages an uns stellen, hunderttausende unseres besten Viehes an sie abzugeben, hat sich, was jedem Kenner der landwirtschaftlichen Verhältnisse als unfehlbare Tatsache erschien, die Maul- und Klauenseuche als unfehlbare Begleiterscheinung der Viehabgabe eingestellt. Sie tritt in den verschiedenen Landesteilen in mehr oder weniger großer Bösartigkeit auf. Während sie hier unter den Rindern Opfer fordert, verfallen ihr an anderen Orten Ziegen, Schweine und Kälber. Mit Anfang dieses Jahres waren von der Seuche befallen:

Am 1. März	846 Gemeinden,	5 367 Gehöfte,
am 1. April	915 Gemeinden,	5 491 Gehöfte,
am 1. Mai	1493 Gemeinden,	8 252 Gehöfte,
am 15. Mai	2826 Gemeinden,	15 384 Gehöfte,
am 1. Juni	3574 Gemeinden,	30 891 Gehöfte.

Eine ähnliche Verbreitung haben wir nur im Jahre 1911 gehabt, wo im September 38 250 Gehöfte von der Seuche befallen waren. Besonders bedenklich ist, daß, wenn es nicht gelingt, dem Weiterverbreiten der Seuche Einhalt zu tun, die diesjährige Seuche sich als die schlimmste seit Jahrzehnten erweisen dürfte, da stets ihr Höhepunkt im Herbste erreicht wird. In Norddeutschland ist die Verbreitung noch relativ gering, dagegen tritt sie in Hannover, Hessen-Nassau, Pfalz, sehr stark auf, und in Süddeutschland, vornehmlich in Bayern, in bösartigster Weise. Hier sind die Viehablieferungen auf Grund des Friedensvertrages eingestellt und die Sammelstellen geschlossen worden. Der An- und Verkauf von Zucht- und Nutzvieh, auch von einem Viehhalter unmittelbar an einen anderen für dessen eigenen Wirtschaftsbetrieb, wurde bis auf weiteres verboten.

In Württemberg wird das infolge der Seuche notgeschlachtete Vieh auf der Freibank vertrieben und darf auch nicht zur Wurstherstellung verwendet werden.

Besonders hart trifft uns diese Seuche in unserer sich im Wiederaufbau befindlichen Viehzucht. Hoffentlich hat sie das Gute, daß die Franzosen und Belgier auf weitere Viehabforderungen verzichten. Die bisherigen Abforderungen stellten nach dem Friedensvertrage nur eine Teilforderung dar.

*

Einsendungen aus dem Leserkreise.

(Ohne Verantwortung der Schriftleitung.)

Ist das hiesige Postamt noch ein Verkehrsinstitut?

Ich möchte diese Frage verneinen. Bei der jetzigen Zeit, in der der Reichspostminister über Überfluß an Personal klagt, ist die Postanstalt zu Merseburg, einer Stadt von za. 27 000 Einwohnern, mit einer blühenden Industrie und einer dichtbevölkerten Umgebung, sage und schreibe 6 — sechs — Stunden täglich geöffnet; von vormittags 9 bis 12 Uhr, von nachmittags 2 bis 5 Uhr. Das ist doch mehr als ein unerträglicher Zustand. Beamte und Angestellte sind niemals in der Lage, ihre manchmal so dringend nötigen Sendungen aufzugeben, ja sie können sich nicht einmal Briefmarken kaufen, um ihre Briefe zu frankieren, sondern sind stets auf die Gefälligkeit Bekannter angewiesen. Hier wäre doch ein Feld für den Verkehrsverein und wenn alles bei der selbstherrlichen Post nichts hilft, für die Abgeordneten unseres Kreises. Kleine Ortschaften von 10 000 Einwohner öffnen ihre Schalter bereits um 7 Uhr morgens. Ist das hier denn so unmöglich? Dann würde auch das lange Warten beim Aufgeben von Geldsendungen endlich in Fortfall kommen. Ich meine, die Post ist in erster Linie doch fürs Publikum da.

Daß Beschwerden bei der hiesigen Postanstalt absolut nutzlos sind, wird vielleicht auch mancher Einwohner zu seinem Leidwesen erfahren haben. Der Schreiber dieser Zeilen hat infolge Irrtums ein falsches Postscheckkonto bei einer Einzahlung angegeben. Natürlich kam das Geld nicht an, allerdings auch nicht zurück. Und Beschwerden scheinen nur noch für den Papierkorb bewertet zu werden. Das ist nicht der Stoßseufzer eines Ungeduldigen, sondern der eines ruhigen Staatsbürgers, der sein Geld einzahlte im September vorigen Jahres.

Leider hat der Staat das Postmonopol, sonst würde ein Privatunternehmen des geschmähten Kapitalismus die hiesige Postanstalt binnen 8 Tagen brotlos machen. Denn Schnelligkeit ist der Vorteil des Privatbetriebes gegenüber dem schwerfälligen Staatsbetriebe. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, daß wir erträglichere postal[ische] Verhältnisse hier bekommen.

G.

Turnen. — Spiel. — Sport.

△ **Erfolge des Männer-Turnvereins.** Das am vergangenen Sonntag in Schladebach veranstaltete Jugend-Wetturnen besuchten auch einige Anfänger — Jugend-Wettkämpfer — des Männer-Turnvereins und es gelang ihnen, recht beachtenswerte Erfolge zu erzielen. Den 3. Sieg errang Herbert Nehring, den 4. Otto Bäßler und Edmund Eisenhut, 5. Alfred Köppe und 6. Emil Ritter. Gut Heil! den Siegern, denen der Erfolg ein Ansporn zu weiterem Ringen sein dürfte.

Vom Arbeiter-Sportkartell.

Nunmehr sind die Verbandsspiele im 2. Kreis, 6. Bezirk des Arbeiter-Turn- und Sportbundes festgesetzt. Infolge reichhaltiger Tagesordnung konnten nur die erstklassigen Mannschaften eingeteilt werden, welche aus 16 Vereinen bestehen und in zwei Gruppen eingeteilt wurden. Es gehören zur Gruppe I: H. F. C. Eintracht, H. F. C. Teutonia, H. F. C. Union, Turnverein Jahn, Turn- und Sportverein Leuna, Turn- und Sportverein Schkeuditz, V. f. B.-Trotha, V. f. B.-Lettin; zur Gruppe II: H. F. C. Minerva, H. F. C. Viktoria, Fortuna-Dölau, Fichte-Halle, Fichte-Radewell, Freia-Passendorf, Wacker-Zörbig, Turn- und Sportverein Cröllwitz. Diese Serien beginnen Mitte August ihre Spiele. — Für kommenden Sonntag weilt der Bezirksmeister Fichte-Halle in Merseburg, um mit zwei Mannschaften gegen Turnverein Jahn zu spielen.

Städtespiel Halle—Magdeburg 7:0 (3:0). Am letzten Sonntag um 5 Uhr konnten sich obige Mannschaften in Magdeburg treffen. Gleich nach Anstoß ist es Halle gelungen, einen schönen Durchbruch zu bieten, ohne Erfolg. Doch Magdeburg bekommt nun viel Arbeit und in der 10. Minute, ist es Halles Mittelstürmer, der den ersten Erfolg einsendet. Es dauert nicht lange, so ist Halle abermals vorm Heiligtum, reges Gedränge: Selbsttor. Immer wieder ist Magdeburg eifrig am Ball, um auszugleichen, vergebens, Halles Mittelstürmer sendet zum 3. Male das Leder ein. Bis zur Halbzeit ändert sich nichts mehr. Nach der Pause ist Magdeburg abermals eifrig am Ball, in der 3. Minute schon konnte das Ehrentor fallen, aber das Hallesche Verteidigerpaar klärt rasche jede Situation. Aus 20 Meter Entfernung schießt der Mittelstürmer von Halle, unhaltbar sitzt der 4. Ball im Netz. Magdeburg stellt nun um, hat aber auch damit kein Glück. Dagegen ist es der Mittelstürmer von Halle, welcher noch drei weitere Erfolge für seine Farben buchte. Bei Halle war die ganze Mannschaft gut, dagegen bei Magdeburg fehlte das Paßspiel und der Torschuß. Noch am selben Abend reiste die Städteelf zurück, wo sie mit Jubel und feierlich empfangen wurde.

Vereinheitlichung der Turn- und Sportsprache.

Zur Vereinheitlichung der Turn- und Sportsprache hielt das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volkswohlfahrt in der Landes-Turnanstalt in Spandau eine Konferenz ab, in der außer den Vertretern der verschiedenen Unterrichtsministerien von Preußen, Württemberg, Bayern, Baden und Sachsen auch die Vertreter der Turn- und Sportverbände (Deutsche Turnerschaft, Deutscher Reichsausschuß für Leibesübungen, Arbeiter-Turnerbund) teilnahmen. Die Versammlung war sich der Wichtigkeit und Notwendigkeit einer einheitlichen Turnsprache für Schulen und Vereine bewußt und überwies nach einer längeren Aussprache die endgültige Regelung einer Unterkommission, die den von der Deutschen Turnerschaft vorgeschlagenen und auch von dem Arbeiter-Turnerbund gutgeheißenen Entwurf als Unterlage in den weiteren Verhandlungen benutzen soll. Geheimrat Diebow stellte seine Unterstützung für die endgültig gefaßten Beschlüsse der Unterkommission beim preußischen Unterrichtsministerium in Aussicht. Die Kommission tritt sofort zur Arbeit zusammen.

Über weibliche Jugend und Leibesübungen

schreibt der Sportlehrer Fritz Schmuntzsch zu Leipzig folgendes: Mit Befriedigung muß festgestellt werden, daß man allgemein an einen durchgreifenden Neuaufbau der Leibesübungen herangeht. Von Reichs-, städtischen und Schulbehörden wird durch eifrige Förderung der Leibesübungen endlich der Wert derselben für die Ausbildung des Körpers und des Geistes anerkannt. Doch hört man zumeist nur von einer Notwendigkeit für die männliche Jugend sprechen. Bei dieser treten die nachteiligen Folgen des Krieges aber noch nicht so scharf zutage wie beim weiblichen Geschlecht. Die Jungen haben durch ihr Herumtummeln im Freien noch mehr Gelegenheit, ihren Körper auszuarbeiten, zu stählen. Dagegen gehen die Mädchen, vom ersten Schulgang an, meistens ruhig und still ihrer Wege, höchstens, daß sie hier und da bei wenig Bewegung bringenden Spielen sich im Kreise drehen. Kaum der Schule entwachsen, sogar oft noch im schulpflichtigen Alter, wird dann zum Überfluß der Körper ins engende Korsett gepreßt, das jede heftige Bewegung gänzlich unmöglich macht, den Blut-Kreislauf hemmt und edle, lebenswichtige Organe verkümmern läßt. Sicher ist auch ein großer Teil der Frauenkrankheiten auf unzweckmäßige Lebensweise und Mangel an jeder Leibesübung in der Jugend zurückzuführen. Wir wollen und müssen uns ein gesundes, starkes Geschlecht heranziehen. Doch wie soll dies möglich sein, wenn schon das Kind im Mutterleibe durch solche Sünde wider die Natur den Keim zu ewigem Siechtum empfängt.

Unseren zukünftigen Müttern, den Trägern unserer Zukunft, muß unbedingt ein besonderer Augenmerk geschenkt werden. Weg mit der Prüderie, daß schnelle Bewegungen und frohe Spiele im Freien unweiblich seien. Auch die Einwendung, daß kräftige Muskeln die weiblichen Reize verblassen ließen, sind nicht zutreffend. Man sehe sich nur die sporttreibenden Damen an, wie ruhig, sicher und anmutsvoll sind ihre Bewegungen. Erste Voraussetzung für gute Haltung, für Gesundheit ist eben eine harmonische Durchbildung des gesamten Körpers.

Ein dankbares und wichtiges Feld eröffnet sich hier unseren Sportvereinen. In allen Vereinen sollten Mädchenabteilungen gegründet werden, um auch unserer weiblichen Jugend die Segnungen der Leibesübungen zugängig zu machen. Doch ist bei allem auch hier eine gewisse Vorsicht am Platze. Es muß bedacht werden, daß das Kind keine verkleinerte Wiedergabe des Erwachsenen ist. Die Organe wachsen nicht gleichmäßig. Der Übungsstoff sollte daher besonders ausgewählt werden und nicht nur leichter sein als für Erwachsene.

Handel und Verkehr.

Die Umstellungsarbeiten bei Krupp in ausländischem Lichte.

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ hat im Juni einen Sonderberichterstatter in das Ruhrrevier entsandt, der in einer Artikelreihe die dort gewonnenen Eindrücke wiedergab und u. a. über die Umstellungsarbeiten bei Krupp folgendes schrieb:

Was ich bei Krupp zu sehen bekam, war ein industrieller Umsturz. Man war mit dem Umbau, dem Ausräumen beschäftigt oder mit neuer Erzeugung bereits gut im Gange. Einen Augenblick scheint man in 1918 durch die Katastrophe betäubt gewesen zu sein, aber dann ging man mit neuem Mut an die veränderte Lage der Dinge heran. Jetzt arbeiten in der Fabrik schon mehr Leute, als vor dem Kriege je hier beschäftigt waren.

Es ist interessant, im einzelnen zu sehen, für welche Zwecke man vorläufig die Fabrikgebäude benutzt. Die selbsttätigen Drehbänke in der Granat- und Schrapnellzünderfabrik stellen jetzt blanke Schrauben und Bolzen her. Ferner sind viele Arbeiter damit beschäftigt, das feine Uhrwerk übriggebliebener Zünder wegen des Kupfers auseinander zu nehmen. In der Werkstatt, wo Panzertürme für 21 Zentimeter-Geschütze gebaut wurden, macht man jetzt schwere standfeste Dieselmotoren. Ein großer Teil des Gebäudes ist jedoch noch leer. In der Werkstatt, wo für die gewaltige Stahlmasse der schweren Panzertürme der feine Schwenkmechanismus gebaut wurde, macht man jetzt Zahngetriebe für friedsame Zwecke. Im Panzerplattenwerk fabriziert man jetzt Bleche. Wenn das Erzeugnis auch kinderartig klein gegenüber den riesigen Walzen ist, darf man dabei doch nicht an Sardinenbüchsen denken. Platten von 5 bis 6 Zentimeter Dicke kommen zum Vorschein. Weiterhin werden sie aus Modell geschnitten, größtenteils für Lokomotivgestelle, die bei Krupp und anderswo gebaut werden. „Sägen“ aus Kohlensäurestichflammen schneiden durch die Stahlmasse wie eine Laubsäge durch eine Zigarrenkiste. Ich sah, wie eine Platte von 40 Zentimeter Dicke zu den schönsten Formen zurechtgeschnitten wurde. In einer Werkstatt, wo „Bettungen“ von 30 bis 40 Meter Länge standen, auf denen eine der schwersten Schiffskanonen ausgebohrt wurde, dreht man jetzt Schraubenwellen für Seeschiffe und schwere Walzen. In einer der großen Kanonenwerkstätten baut man jetzt Stromumformer für hohe Spannung. Eine riesige Werkstatt, in der während des Krieges 80 000 bis 90 000 Granaten für leichte Feldgeschütze täglich abgedreht wurden, dient jetzt schon teilweise zur Herstellung von Eisenbahnradreifen, während der übrige Teil für diese Arbeiten eingerichtet wird.

Eines der Gebäude, das mit seinen Flügeln 14 Hektar Bodenfläche bedeckt und das während des Krieges fünfzig 15-Zentimeter-Kanonen monatlich ablieferte, wird nun zur Hälfte für die Herstellung von Luftdruckwerkzeugen, kinematographischen Apparaten und dergleichen selbsttätige Mechanismen eingerichtet. In der anderen Hälfte wird der Bau von Schleppern vorgenommen. In einem anstoßenden Teil macht man Zentrifugen für die Landwirtschaft. In den zwei größten neuen Gebäuden herrschte Stille. Eine Halle von 380 Meter Länge war ausgeräumt, die andere von 500 Meter Länge war voll von Drehbänken, die, überflüssig geworden, nun nach dem In- und Auslande verkauft worden sind.

Diese ganze oder halbe Verlassenheit zeigte man mir mit begreiflicher Wehmut. Die Tätigkeit der in den gewaltigen Räumen so klein und so wenig zahlreich erscheinenden 10 000 Menschen glich dünn aufsprießendem Leben auf unermeßlichem Trümmerhaufen.

Mit Gefühlen des Stolzes brachte man mich jetzt nach einer andern Werkstatt. Hier war der Bau von Lokomotiven und Wagen für den Güterverkehr in vollem Gange. Ein Jahr nach dem Umsturz hatte man schon die erste Lokomotive abgeliefert, und nun ging die Arbeit glatt vonstatten. Man baute in amerikanischer Weise nach einem festen Muster, sogenannter Reihenfabrikation. Nach demselben Grundsatz baute man in einer früheren Lafettenwerkstatt Frachtautos. Die Motore hierfür baut Krupp jedoch nicht. Es gab auch Reparaturwerkstätten für alte Lokomotiven, die abgebaut und erneuert wurden. 30 dieser Ungeheuer standen in tiefem Negligé unter einem Dach.

So hat sich die Kruppsche Erzeugung geändert. In den Konstruktionsbureaus war man damit beschäftigt, auch andere Dinge zu entwerfen, vor allem feine Mechanismen. Krupp will Rechen- und Zählmaschinen und besonders auch Registrierkassen bauen. Man denkt ebenfalls an Schreibmaschinen, aber das ist noch nicht ganz sicher, da es darauf ankommt, eine Konstruktion zu erfinden, die das Erscheinen einer neuen Marke rechtfertigt. Was die Ackerbaumaschinen betrifft, so hat sich Krupp mit einer vorhandenen Firma verbunden und hierfür ein Fabrikgebäude in Anspruch genommen.

Die Herstellung von Waffen hat jedoch jetzt gründlich aufgehört. Eine heimliche Herstellung von Waffen wäre auch gar nicht möglich. In Essen ist eine Kommission von Ententeoffizieren, die das Unternehmen scharf beaufsichtigt. Maschinen, die eine rasche Wiederaufnahme der Herstellung von Kriegsgerät irgendwelcher Art möglich machen könnten, sind abgebaut oder verkauft. Die ausgebohrten Metallblöcke für Geschütze sind durch tiefe Einkerbungen für diesen Zweck unbrauchbar gemacht worden. Ein Hinters-Licht-führen der Kommission ist undenkbar. Dafür bürgt auch der Geist der Arbeiter, denn die Metallarbeiter gehören zu den radikalsten Elementen der deutschen Arbeiterwelt. Die vielen Unabhängigen und Kommunisten in der Fabrik würden sogleich Lärm schlagen, wenn sie Dinge entdeckten, die ihr Mißtrauen erweckten. Darum ist man auch in Arbeiterkreisen völlig davon überzeugt, daß bei Krupp nicht mehr an Waffen gearbeitet wird. Das haben mir auch Kommunisten versichert.

Vermischtes.

* **Französische Briefmarken für Memel.** Seit dem 9. Juli werden im Memelgebiet neue Postwertzeichen ausgegeben, und zwar französische Briefmarken mit dem Überdruck „Memel“ und Angabe der deutschen Währung. Gleichzeitig ist ein Ausfuhrverbot für die neuen Briefmarken aus dem Memelgebiet, und zwar auch für kleine Mengen, ergangen. Auch anderen Postsendungen dürfen die neuen Wertzeichen nicht beigelegt werden.

* **Schwerer Schneesturm in Buenos Aires.** Nach einer Havas-Meldung aus Buenos Aires herrschte dort kürzlich ein Schneesturm, der eine Unterbrechung des elektrischen Dienstes zur Folge hatte. Die Stadt lag vollkommen im Dunkeln, der Verkehr im Hafen war unterbrochen. In Mar del Plata sind infolge des Sturmes 24 Fischerbarken gesunken. 20 Personen sind ertrunken.

* **Blutiger Streit zwischen Soldaten und jungen Leuten in Uelzen.** Bei einem Tanzvergnügen kam es in Uelzen zwischen jungen Leuten und Soldaten zu Reibereien. Veranlassung bot der Umstand, daß die Soldaten angeblich Schießwaffen bei sich trugen. Als die jungen Leute von dem Oberbootsmannsmaat Huberts von der Schiffsstammdivision die Herausgabe der Schießwaffe forderten, sollen im nächsten Augenblick ohne jede Veranlassung mehrere Schüsse gefallen sein. Der direkt vor Huberts stehende 20jährige Schlosser Kaupmann erhielt einen Bauchschuß und ist in derselben Nacht gestorben. In dem Tumult floh Huberts. Bei seiner Verfolgung gab er mehrere Schüsse auf seine Verfolger ab, wobei der Bahnarbeiter Bock einen Schuß durch den rechten Unterarm erhielt.

* **Schießerei in einem Dortmunder Kaffeehaus.** Im Café „Trocadero“ in Dortmund zog ein junger Mensch, weil seine 17jährige Begleiterin angerempelt sein sollte, einen Revolver und brachte einem Gast einen tödlichen Brustschuß bei, verletzte den Kellner und erschoß einen hinzugerufenen Schutzmann. Der Täter flüchtete. Es soll sich um einen Zuhälter handeln, der sich in dem Café mit Sekt bekneipt hatte.

* **200 000 Mark unterschlagen.** Der 43 Jahre alte Buchhalter Ilsemann hat einer Firma am Kurfürstendamm in Berlin, wo er beschäftigt war, 200000 Mark unterschlagen. Er ist flüchtig und hat sich, wie es heißt, zunächst nach Leipzig gewandt.

* **110 Millionen Mark für die „Vaterland“!** Beim amerikanischen Schiffahrtamt ist bis zum Ablauf der festgesetzten Frist am 30. Juni nur ein Gebot auf den deutschen Dampfer „Vaterland“ eingegangen. Die United Staates Mail Steamships Company hat drei Millionen Dollar geboten.

* **Zurück zur Naturalwirtschaft.** Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, fordert die Wertinger Zeitung ihre Bezieher allen Ernstes auf, den Bezugspreis für das nächste Vierteljahr mit 1 Pfund Butter oder 16 Eiern zu entrichten.

* **Ein russischer Großfürst als Schuhkremefabrikant.** Der frühere Großfürst Nicolai hat in Tschechien eine Schuhkremefabrik gegründet. Die Eröffnung seiner Firma wird durch den amtlichen Prager Anzeiger bekanntgegeben.

* **Amerikanischer Tanzkoller.** „Le Rire“ schreibt über eine Welle neuer Tänze, die von Amerika kommt: „Trotz aller Warnungen und Ermahnungen führen wir weiter eine Unmenge Sachen aus Amerika ein, die wir sehr gut entbehren könnten. So heißt es, daß demnächst drei neue amerikanische Tänze in Paris lanciert werden sollen, nämlich: Cheek-to-cheek, Lip-to-lip, Hip-to-hip; das bedeutet: Wange-an Wange, Lippe-an-Lippe, Hüfte-an-Hüfte. Glücklicherweise hört es da auf! Aber es wird nicht lange dauern, daß wir auch das weitere noch erleben werden. Wange an Wange, das mag noch gehen . . . Hüfte an Hüfte auch, denn alles in allem kann das ja nicht sehr weit führen. Wenn aber ein Gatte seine Frau den Lip-to-lip mit dem Erstbesten tanzen sieht, wird er einiges Recht haben, darüber ungehalten zu sein, worauf ihm seine Frau billigerweise erwidern kann: Aber so wird es doch getanzt. Mund auf Mund. Was willst du, ich habe den Lip-to-lip nicht erfunden . . .

* **Doppelselbstmord im Seebad Misdroy.** Im Strandhotel in Misdroy wurden der Kaufmann Fritz Krüger und die geschiedene Frau Elisabeth Bellmüller aus Berlin-Wilmersdorf als Leichen aufgefunden. Es handelt sich um einen Doppelselbstmord. Beide hatten Gift genommen, die Frau hatte sich außerdem eine Kugel in den Kopf gejagt. Krüger hat einen Brief hinterlassen, aus dem hervorgeht, daß er in einem Berliner Geschäft größere Veruntreuungen verübt hat.

* **Falsche Grafen als Einbrecher.** Aus Graz wird uns berichtet: In Graz wie auch in anderen Städten Österreichs betrieben seit einiger Zeit zwei gefährliche Gasthauseinbrecher, die Wäsche im Werte von mehreren hunderttausend Kronen entwendet hatten, ihr Diebeshand-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200721-13/fragment/page=0006

werk. Es verdienen sich der Namen des Grafen Henckel-Donnersmarck und Krupps. Hiesigen Kriminalbeamten gelang es jetzt, die beiden Täter festzunehmen. Es handelt sich um den früheren Kinooperateur Roman Konrad und den Kanzleigehilfen Max Ovid. Konrad gestand bisher 24 Diebstähle ein.

* Für 700 000 M Banderolen gestohlen. Vor einigen Wochen ist, wie berichtet, auf dem Zollamt in Bad Salzuflen ein großer Diebstahl an Steuerbanderolen in Höhe von 700 000 M verübt worden. Der Kriminalpolizei in Paderborn ist es jetzt gelungen, einen Teil der Banderolen im Betrage von 200 000 M zu beschlagnahmen. Als der Tat dringend verdächtig ist der frühere Leutnant d. R. und jetzige Student Otto Richter aus Bad Salzuflen auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in Paderborn verhaftet worden.

Die Beisetzung des Prinzen Joachim von Preußen.

Am Dienstag vormittag fand in der Friedenskirche in Potsdam die feierliche Beisetzung des Prinzen Joachim von Preußen statt. An der Feier nahmen die Brüder des Verstorbenen, Prinz Eitel Friedrich und Adalbert, sowie Prinz August Wilhelm und Oskar teil. Außerdem waren erschienen Generalfeldmarschall von Hindenburg und eine Abordnung der Johanniterritter.

In der Friedenskirche war der dunkelbraune Eichensarg aufgebahrt. Er war mit der prinzlichen Standarte bedeckt. Vom Kaiserpaar war ein großer Kranz überreicht worden. Ferner sah man Kränze des Kronprinzenpaares, der übrigen kaiserlichen Prinzen, der Potsdamer Regimenter, Hindenburgs usw. Die Potsdamer Regimenter hatten zu der Beisetzungsfeier in der Kirche Abordnungen geschickt. Zahlreich waren auch vertreten der frühere kaiserliche Hofstaat und die Berliner und Potsdamer Generalität. Gegen Mittag betraten die nächsten Angehörigen des Prinzen die Kirche, voran Prinz und Prinzessin Eitel Friedrich, dann Prinz und Prinzessin Adalbert von Preußen, Prinz August Wilhelm, Prinz Sigismund und Prinz Joachim Albrecht von Preußen. Es folgten Hindenburg und Ludendorff. Die vier Brüder des Verblichenen, die sämtlich in ihren alten Uniformen erschienen waren, nahmen mit gezogenem Säbel zu beiden Seiten des Sarges Aufstellung. Dann folgte die Trauerfeier und später die Überführung in die Friedenskirche in Potsdam. Bei der Abfahrt der Fürstlichkeiten brachte das Publikum, besonders dem Generalfeldmarschall von Hindenburg, lebhafte Ovationen dar.

*

Die Tragödie des Hohenzollernprinzen.

Aus Berlin wird uns berichtet: Über die Gründe, die den Prinzen Joachim von Preußen zu seinem Selbstmord getrieben haben, herrscht noch völlige Unklarheit. Man vermutet, daß es sich um seelischen Zusammenbruch gehandelt habe, und es verlautet, daß der Prinz die fixe Idee gehabt habe, daß er bei der Auseinandersetzung zwischen Krone und Staat um seinen Wohnsitz, die in Potsdam gelegene Villa Liegnitz, gebracht werden sollte. Diese Befürchtung war aber ganz unangebracht, denn der Wohnsitz war dem Prinzen zum völlig freien Nießbrauch überlassen worden. Die Wahnvorstellungen, daß er aus seinem Hause vertrieben werden solle, haben den Prinzen auch noch in den letzten Stunden im Krankenhause umfangen gehalten. Aus der Nervenzerrüttung des Prinzen ist auch sein Ehezwist zu erklären. Der Ehe des Prinzen mit der Tochter des Herzogs Eduard von Anhalt ist ein Prinz entsprossen, der jetzt dreijährige Franz Karl Joseph. Die Prinzessin Maria Augusta hat vor etwa Jahresfrist das Haus ihres Gatten verlassen. Schritte zur Ehescheidung waren bereits eingeleitet. Auch dies dürfte auf den Gemütszustand des Prinzen Joachim ungünstig eingewirkt haben. Die Leiche des Prinzen ist am Montag früh vom Krankenhause nach der Friedenskirche in Potsdam übergeführt worden, wo wahrscheinlich am Dienstagvormittag die Trauerfeier stattfinden dürfte. Von den Brüdern des Prinzen weilt zurzeit nur Prinz Eitel Friedrich in Potsdam, doch erwartet man, daß die anderen Brüder und Schwägerinnen des Prinzen, sowie seine Schwester, Herzogin Viktoria Luise von Braunschweig, die sich zurzeit mit der Kronprinzessin auf Rügen aufhält, zu der Trauerfeier in Potsdam erscheinen werden. Außer dem verstorbenen Prinzen wohnten in Potsdam nur Prinz Eitel Friedrich. Kronprinz Wilhelm weilt bekanntlich seit der Revolution auf Wieringen in Holland. Prinz Adalbert seit der Revolution auf Wieringen in Holland. Prinz Adalbert Wilhelm hält sich im allgemeinen in Berlin auf. Er trat nach der Revolution als Volontär bei der Bankfirma S. W. Krause ein, und Prinz Oskar zog nach Mecklenburg auf das Gut seines Schwiegervaters.

*

Explosion von 800 Munitionsbaracken.

Ludwigshafen, 20. Juli. Die „Pfälz. Post" meldet: Im Saaralbener Walde befinden sich 800 Baracken mit Fliegerbomben, Granaten, Gasbomben, Artilleriemunition usw. aus deutschen Heeresbeständen. Durch die ungeheure Hitze der letzten Tage wurden Leuchtkugeln und andere leicht entzündliche Körper, die durch Diebe aus den Schuppen entwendet und im Walde verloren worden waren, zur Entzündung gebracht. Das Feuer griff auf die Baracken über, die mit ungeheurer Detonation in die Luft flogen. Die Explosion wurde bis Saargemünd, Forbach und St. Avold gehört; ganz besonders schwer war die Detonation in Saaralben hörbar, wo unzählige Fensterscheiben zertrümmert und Hunderte von Baracken abgedeckt sind. Die Passanten wurden zu Boden geschleudert. Es entstand eine allgemeine Panik, weil die Gefahr der Annäherung giftiger Gase bestand. Die Bewohner der der Gefahr am meisten ausgesetzten Stadtviertel haben ihre Wohnungen verlassen. Französische Soldaten, die mit Gasmasken und Löschgeräten ausgerüstet sind, rückten von Saargemünd nach Saarburg an. Der Wald wurde in weitem Umkreise abgeholzt und ein 8 Meter breiter Graben rings um die Brandstätte ausgehoben. Man hofft, so den Brand zu lokalisieren. Das Feuer wütet noch weiter. Sonderzüge mit 200 Wagen stehen bereit, um die Bevölkerung abtransportieren zu können.

*

Einbruch in eine Fürstengruft.

Berlin, 21. Juli. Laut „Berl. Tageblatt" wurde in der Fürstengruft des Landgrafen von Hessen in der evangelischen Kirche zu Rumpenheim bei Darmstadt ein Einbruch verübt. Nach dem örtlichen Befund scheint es sich wiederum um Einbrecher zu handeln, die systematisch Fürstengrüfte berauben und in Verbindung mit dem Einbruch in das Mausoleum zu Charlottenburg stehen.

*

Bedrohliches Auftreten der Schlafkrankheit.

Seit einiger Zeit sind in Dresden mehr als 20 Fälle von Schlafkrankheit festgestellt worden. Es handelt sich dabei aber nicht um die Schlafkrankheit, wie sie in Afrika vorkommt, sondern um eine Begleiterscheinung der Grippe. Es treten dabei Störungen im Gehirn auf, die einen wochenlangen Schlaf verursachen. Die Patienten können nur zeitweilig geweckt werden, um Nahrung einzunehmen. Manchmal gelingt nicht einmal dies, so daß sie künstlich ernährt werden müssen. Typisch sind dabei große Schwächezustände. Die Krankheit hat auch infolge Hinzutretens von Lungenentzündung zum Tode geführt. Die hier beobachtete Schlafkrankheit tritt nicht nur in Dresden auf, sondern ist über ganz Deutschland verbreitet. Besonders heftig ist Stuttgart davon betroffen.

*

Gefälschte Bezugsscheine für Zucker.

Hamburg, 20. Juli. Hier ist man einem umfangreichen Handel mit gefälschten Bezugsscheinen für Zucker auf die Spur gekommen. Als Vermittler wurde ein Fabrikant in Wandsbek ermittelt, welcher alle Scheine von Angestellten der Zuckerbezugsstelle Würzburg erhalten zu haben vorgibt. Er hat sie mit einem Verdienst von 200 M für den Schein abgesetzt. Die Käufer haben große Mengen von einem hiesigen Großhändler, der die Fälschungen nicht erkannt haben will, bezogen.

*

Der Eindringling bei Hindenburg festgenommen.

Hannover, 19. Juli. Am Sonntagabend wurde hier der 22jährige erwerbslose Arbeiter Gallien aus Essen festgenommen unter dem Verdacht, der Eindringling in die Villa Hindenburg zu sein. Bei der heutigen Vernehmung gab der Verhaftete an, ohne zu wissen, daß es sich um die Villa Hindenburg handelte, in diese vom Garten her eingedrungen zu sein, lediglich, um zu betteln. Von dem Feldmarschall überrascht, habe er einen Schreckschuß abgegeben, um wieder loszukommen, ohne aber die Absicht gehabt zu haben, den Feldmarschall zu verletzen. Gallien würde heute dem Feldmarschall gegenübergestellt und von diesem als der Einbrecher wiedererkannt.

*

Eine große Vermögensverschiebung in das Ausland verhindert.

Berlin, 21. Juli. Der Überwachungsstelle für Kapitalabwanderung in Berlin war zur Kenntnis gekommen, daß durch Vermittlung eines Berliner Kommerzienrates bei der Übersiedelung eines bayerischen Klosters nach der Schweiz hohe Werte verschoben werden sollten. Als das nach oberflächlicher Prüfung in München freigegebene Klostergut in Lindau ankam, hielten es die Berliner Beamten, die schon in München Beobachtungen gemacht hatten, für angebracht, die Ladung genauer zu untersuchen. In den Kisten, die ein Kunsthändler Brand dem Kloster übergeben hatte, fanden die Beamten außer anderen wertvollen Kunstgegenständen kostbare Gemälde, darunter einen Raffael: „Die Madonna mit dem Jesuskind und Johannes der Täufer". In Matratzen eingenäht wurden viele Aktien mit Zinsscheinen, sowie Schecks über 800 000 M vorgefunden. Eine Kiste, die nach der Deklaration Maschinenteile enthalten sollte, barg wertvolles Kirchengerät, das von dem Kunsthändler in Deutschland aufgekauft worden war. Den Raffael, der einen Wert von etwa 6 Millionen Mark hat, hatte Brand von Angehörigen der fürstlichen Putbusschen Familie ohne Wissen des eigentlichen Besitzers gegen einen Schuldschein über 2 Millionen Mark erworben. Zwischen dem Kunsthändler und dem Pater Gabriel war das Abkommen getroffen worden, den Gewinn untereinander zu teilen. Man hoffte, daß das Geschäft für jede Partei mehr als 1 Million bringen würde. Alle Sachen wurden jedoch beschlagnahmt und Pater und Kunsthändler festgenommen. Wieweit der Berliner Kommerzienrat an dem großen Schmuggel beteiligt ist, bedarf der Aufklärung. Der Pater gab an, daß er durch Einkäufe für ein Nonnenkloster große Verluste erlitten hatte und den erzielten Gewinn dazu benutzen wollte, diesen Verlust für sein Kloster wieder zu decken.

*

Ein Italiener über das Leben in Deutschland.

Wie es in Berlin aussieht, schildert nach einer Darstellung der „Frankfurter Zeitung" Vincenzo Vacirca im „Avanti" vom 20. v. M. „Die ehemals mächtige Hauptstadt des Hohenzollernreiches macht heute" — so schreibt der italienische Journalist — „den melancholischen Eindruck einer alteingesessenen, in tiefes Elend geratenen fürstlichen Familie, die hartnäckig darauf besteht, in ihrem glanzvollen Ahnenschloß zu wohnen. Der äußere, monumentale von früherer Pracht zeugende Anblick Berlins steht in grellem Gegensatz zu dem verkümmerten, schweigenden, ja düsteren Ausdruck der Bevölkerung. Schrecklicher Todeskampf der Magen, die über vier Jahre nicht genügend Nahrung erhielten ... Wir begaben uns in eines der ersten Restaurants der Stadt. Prächtige Säle, herrlich geschnitzte Möbel, feinstes Porzellan-, Kristall- und Silbergeschirr, Weine von 500 M die Flasche (die wir aber nicht tranken); aber auf den schönen Eichentischen lagen papierne Tischtücher und wenn unsere Reisebegleiter nicht reichlich Zwieback aus Italien mitgebracht hätten, wären wir aus der Speisewirtschaft hungriger hinausgegangen, als wir hineinkamen, obwohl uns das Essen über 35 italienische Lire pro Kopf kostete. Hätten wir Karten besessen, so wäre jedem eine Schnitte schwarzes Bort von 50 Gramm verabreicht worden. Das Volk ißt nicht genügend und leidet Mangel in der Kleidung. Alle Bedarfsartikel, von den Schuhen bis zur Wäsche, kosteten zwei- bis dreimal mehr als in Italien unter Berücksichtigung der Valuta. Barfußlaufende Kinder und Burschen sieht man unzählige. Viele Arbeiter tragen kein Hemd mehr auf dem Leibe. In den besten Gasthöfen findet man keine Bettücher mehr. Es ist ein Entsetzen erregender Anblick. Aber in all dieses Elend fällt doch ein Lichtstrahl: die prächtige, unbezähmbare Energie des Volkes! Der Willen, wieder emporzukommen, den Stein von diesem ungeheuren Grab abzuwälzen, worin die „Sieger" dieses Volk begraben haben, ist der Wunsch aller." — Was der Italiener über Berlin berichtet, gilt für ganz Deutschland.

Amtliche Bekanntmachungen für den Kreis Merseburg.

Stück 55 — Merseburg, 21. Juli — 1920

360] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R.G.Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet:

§ 1.

Das Gehöft des Rittergutes Schotterey in Schotterey (Amtsrat von Zimmermann-Benkendorf) bildet einen Sperrbezirk.

§ 2.

Für den Sperrbezirk treten die in den §§ 2—6 meiner viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 31. Mai 1920 (Amtlicher Anzeiger Stück 39 Nr. 267) getroffenen Anordnungen in Kraft.

Merseburg, den 19. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreis-Obersekretär.

361] **Ernennung zum Abschätzungs- und Versicherungskommissar der Land-Feuersozietät.**

An Stelle des Landwirts Emil Langenberg in Zöschen, welcher sein Amt wegen hohen Alters niedergelegt hat, ist der Landwirt und Geflügelzüchter Otto Bock in Göhren, zum Abschätzungs- und Versicherungskommissar der Land-Feuersozietät für die Ortschaften Dölkau, Göhren, Horburg, Kötzschlitz, Maßlau, Möritzsch, Zöschen, Zschernneddel, Zschöchergen und Zweymen ernannt und verpflichtet worden.

Die Herren Gemeinde- und Gutsvorsteher der obigen Ortschaften wollen dies in der ortsüblichen Weise noch besonders bekanntgeben.

Merseburg, den 17. Juli 1920.

Der kommissarische Kreis-Feuersozietät-Direktor.
Dr. Mosle.

1723 J.

362] **Ernennung zum Abschätzungs- und Versicherungskommissar der Land-Feuersozietät.**

An Stelle des Gutsbesitzers Karl Rosenheim in Thalschütz ist der Privatmann Ferdinand Meinhardt in Rampitz zum Abschätzungs- und Versicherungskommissar der Land-Feuersozietät für die Ortschaften Großlehna, Kleinlehna, Kauern, Rempitz, Oetzsch, Rampitz, Thalschütz und Treben ernannt und verpflichtet worden. Die Herren Gemeindevorsteher der obigen Ortschaften wollen dies in der ortsüblichen Weise noch besonders bekanntgeben.

Merseburg, den 17. Juli 1920.

Der kommissarische Kreis-Feuersozietät-Direktor.
Dr. Mosle.

1722 J.

363] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R.G.Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet:

§ 1.

Das Gehöft der Witwe Liberte Berger in Bothfeld bildet einen Sperrbezirk.

§ 2.

Für den Sperrbezirk treten die in den §§ 2—6 meiner viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 31. Mai 1920 (Amtlicher Anzeiger Stück 39 Nr. 267) getroffenen Anordnungen in Kraft.

Merseburg, den 19. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreis-Obersekretär.

364] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R.G.Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet:

§ 1.

Das Gehöft der Witwe Klara Lindner in Röcken bildet einen Sperrbezirk.

§ 2.

Für den Sperrbezirk treten die in den §§ 2—6 meiner viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 31. Mai 1920 (Amtlicher Anzeiger Stück 39 Nr. 267) getroffenen Anordnungen in Kraft.

Merseburg, den 19. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreis-Obersekretär.

365] **Bewirtschaftung der Frühkartoffeln.**

Nach den mir gemachten Mitteilungen, ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß der Verkehr mit Frühkartoffeln keiner Beschränkung unterliegt. Demgegenüber weise ich nochmals darauf hin, daß vom 1. Juli ab die öffentliche Bewirtschaftung der Frühkartoffeln eingetreten ist. Die Frühkartoffeln sind an die zuständigen Kommissionäre oder an die von der Provinzialkartoffelstelle bestellten Händler abzuliefern.

Merseburg, den 20. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Dr. v. Gosler.

366] **Getreide-Kommissionäre.**

Auf Grund der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 (Reichs-Gesetzblatt S. 1028) sind auch für die diesjährige Ernte Einkaufsbezirke eingerichtet. Für die einzelnen Orte sind folgende Kommissionäre bestimmt, denen sämtliche landwirtschaftlichen Früchte, die von der Reichsgetreidestelle bewirtschaftet werden, abzuliefern sind:

Franz Berger, Schafstädt:
Großgräfendorf
Niederwünsch
Schafstädt
Schotterey, ohne Freigut

F. Jakobine, Halle a. S.:
Bentendorf
Beuchlitz
Delitz a. B., Gut
Domäne Lauchstedt
Neukirchen
Freigut Schotterey
Klein-Lauchstedt

Landwirtschaftlicher Consum-Verein Merseburg:
Atzendorf
Blösien, Gemeinde und Gut
Burgliebenau, Gemeinde und Gut
Collenbey, Gemeinde u. Gut
Creypau, Gemeinde u. Gut
Geusa
Dörstewitz
Dürrenberg, Gut
Göhlitzsch
Kirchfährendorf
Kriegsdorf, Gemeinde u. Gut
Lennewitz
Leuna-Ockendorf
Löpitz, Gemeinde und Gut
Lössen, Gemeinde und Gut
Meuschau
Pretzsch
Rössen
Runstedt, Gut
Schkopau, Gut
Spergau
Trebnitz
Tragarth, Gemeinde u. Gut
Venenien
Wallendorf
Wegwitz, Gemeinde und Gut
Werder, Gut
Wölkau
Wüsteneutzsch

Fr. Lehmann, Lauchstedt:
Bischdorf
Burgstaden
Dörstewitz
Krakau
Klein-Gräfendorf
Klein-Lauchstedt, Gemeinde
Milzau
Netzschkau, Gemeinde u. Gut
Niederclobicau
Oberclobicau
Obertriegstedt
Rattmannsdorf
Raschwitz, Gemeinde u. Gut

Reinsdorf
Schadendorf
Unterkriegstedt, Gemeinde und Gut
Wünschendorf

Otto Knäusel, Schkeuditz:
Altscherbitz, Gut
Beuditz
Cursdorf
Dölkau, Gemeinde und Gut
Ennewitz
Klein-Liebenau, Gemeinde und Gut
Kötzschlitz, Gemeinde u. Gut
Maßlau
Modelwitz, Gut
Güntherdorf Gemeinde und Gut
Papitz
Schkeuditz und Oberförsterei
Vorwerk Güntherdorf u. Gut
Wehlitz
Oberthau, Gemeinde und Gut
Raßnitz
Röglitz
Wegmar, Gemeinde und Gut
Ermlitz-Rübsen, Gemeinde und Gut

Landwirtschaftlicher Ein- und Verkaufs-Verein Kötzschau:
Altranstädt, Gemeinde u. Gut
Döhlen, Gemeinde und Gut
Großlehna
Kleinlehna
Rempitz
Oetzsch
Rampitz
Schkölen-Räpitz
Thalschütz
Thronitz
Treben

Otto Leonhardt, Lützen:
Bothfeld
Dehlitz a. S., Gemeinde u. Gut
Ellerbach
Gostau
Großgöhren
Großgörschen, Gemeinde und Gut
Kaja
Kleingörschen
Kleincorbetha, Gemeinde und Gut
Kleingöhren, Gemeinde u. Gut
Pölzen, Gut
Lützen
Michlitz
Muschwitz
Oebles-Schlechtewitz

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200721-13/fragment/page=0007
DFG

Otto Leonhardt, Lützen:
Deglitzsch
Pobles, Gemeinde und Gut
Rahna
Schelsen
Schweßwitz
Starsiedel
Stößwitz
Sössen
Tornau

Fr. Lehmann, Lauchstedt:
Angersdorf
Benkendorf
Beuchlitz
Delitz a. B., Gemeinde
Hohenweiden
Holleben
Neukirchen
Passendorf, Gemeinde u. Gut
Rockendorf
Röpzig
Schlettau

Fr. Lehmann, Merseburg:
Beundorf, Gemeinde und Gut
Bündorf, Gemeinde und Gut
Frankleben, Gemeinde u. Gut
Geusa, Gemeinde u. Gut
Knapendorf
Kötzen, Gut
Corbetha
Körbisdorf, Gemeinde u. Gut
Kötzschen
Merseburg
Naundorf, Gemeinde u. Gut
Niederbeuna, Gemeinde u. Gut
Oberbeuna
Reipisch
Runstedt, Gemeinde
Schkopau, Gemeinde
Zscherben

Max Kelling, Lützen:
Eisdorf
Großschkorlopp
Hohenlohe
Kleinschkorlopp
Kitzen, Gemeinde
Löben
Meuchen, Gemeinde und Gut
Meyhen
Peißen
Scheidens
Schkeitbar
Seegel
Sittel
Thesau
Zitzschen

G. Göße, Kötzschau:
Balditz
Goddula, Gemeinde und Gut mit Vesta
Horburg
Kauern
Keuschberg
Kötzschau, Gemeinde u. Gut
Möritzsch
Ostrau
Rissen
Porbitz-Poppitz
Ragwitz
Rodden
Röcken
Schladebach, Gemeinde u. Gut
Teuditz, Gemeinde und Gut
Tollwitz
Witzschersdorf, Gemeinde und Gut
Zöllschen, Gemeinde und Gut
Zschernebbel
Zschöchergen
Zweimen
Zöschen, Gemeinde und Gut

Merseburg, den 20. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Dr. v. Goßler.

367] **Ferien des Kreisausschusses.**

Der Kreisausschuß hält in der Zeit vom 21. Juli bis 1. September einschließlich Ferien.

Merseburg, den 19. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Dr. v. Goßler.

368] **Verordnung, betreffend die Außerkurssetzung der Silbermünzen.**

Auf Grund des Gesetzes über eine vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Übergangswirtschaft vom 17. April 1919 (Reichs-Gesetzblatt S. 394), wird von der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats und des von der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung gewählten Ausschusses folgende Verordnung erlassen:

§ 1.

Die ½-Markstücke, 1-Markstücke, 3-Markstücke und 5-Markstücke, sowie die in Form von Denkmünzen geprägten 2-Markstücke sind einzuziehen; sie gelten nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel.

§ 2.

Bis zum 1. Januar 1921 werden ½-Markstücke, 1-Markstücke, 3-Markstücke und 5-Markstücke, sowie die in Form von Denkmünzen geprägten 2-Markstücke bei den Reichs- und Landeskassen zu ihrem gesetzlichen Werte sowohl in Zahlung genommen, als auch gegen Reichsbanknoten, Reichskassenscheine und Darlehnskassenscheine umgetauscht.

§ 3.

Die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausch (§ 2) findet auf durchlöcherte und andere als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewichte verringerte sowie auf verfälschte Münzstücke keine Anwendung.

§ 4.

Die Verordnung tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Berlin, den 13. April 1920.

Der Reichsminister der Finanzen.
Dr. Wirth.

369] **Zuteilung von Notstandsware.**

Das Reichskleiderlager 34 in Halle a. S. hat dem Kommunalverband als Notstandsware 2460 Unterhosen und 970 Stück Männerhemden zur späteren Abgabe an die bedürftige Bevölkerung zugeteilt.

Diejenigen Kleinhändler, welche den Verkauf übernehmen wollen, weise ich unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 30. Juni 1920 darauf hin, daß, nachdem das Reichskleiderlager den Ankaufsschein ausgestellt hat, die Abholung der Ware von Halle oder auf Wunsch auch ihre Übersendung durch das Reichskleiderlager erfolgen kann.

Merseburg, den 12. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Dr. v. Goßler.

370] **Betrifft: Textilnotstandsware.**

Als Reichsware sind noch wollene Männerstrümpfe, Kinderschwitzer, einige Kindertrikots, Männerunterhosen und Strickjacken, sowie Steifleinen und Nova abzugeben. Bedürftige, welche die Zuteilung dieser Waren noch wünschen, wollen ihre Anträge bis spätestens zum 1. August d. J. bei ihren Ortsbehörden stellen.

Die Verkaufsstellen ermächtige ich, vom 11. August d. J. ab, die vorerwähnten Waren, soweit sie noch nicht verkauft sind, zu den vom Reichskleiderlager in Halle a. S. festgesetzten Preisen im freien Handel abzugeben.

Die sämtlichen Verkaufsstellen ersuche ich ferner, bis zum 1. August dieses Jahres mit ihre Bestände an Reichsware aufzugeben und die in ihren Händen befindlichen Berechtigungsscheine einzureichen.

Merseburg, den 12. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Dr. v. Goßler.

371] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R.G.Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet:

§ 1.

Das Gehöft des Landwirts **Otto Löffler** in **Röcken** bildet einen Sperrbezirk.

§ 2.

Für den Sperrbezirk treten die in den §§ 2—6 meiner viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 31. Mai 1920 (Amtl. Anzeiger Stück 39 Nr. 267) getroffenen Anordnungen in Kraft.

Merseburg, den 20. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreis-Obersekretär.

372] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R.G.Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet:

§ 1.

Das Gehöft des **Rittergutes Frankleben** (Unterhof) in **Frankleben** bildet einen Sperrbezirk.

§ 2.

Für den Sperrbezirk treten die in den §§ 2—6 meiner viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 31. Mai 1920 (Amtl. Anzeiger Stück 39 Nr. 267) getroffenen Anordnungen in Kraft.

Merseburg, den 19. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreis-Obersekretär.

373] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R.G.Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet:

§ 1.

Das Gehöft des Landwirts **Karl Weniger** in **Knapendorf** bildet einen Sperrbezirk.

§ 2.

Für den Sperrbezirk treten die in den §§ 2—6 meiner viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 31. Mai 1920 (Amtl. Anzeiger Stück 39 Nr. 267) getroffenen Anordnungen in Kraft.

Merseburg, den 20. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreis-Obersekretär.

374] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R.G.Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet:

§ 1.

Das Gehöft des Landwirts **Julius Schmidt** in **Thronitz** bildet einen Sperrbezirk.

§ 2.

Für den Sperrbezirk treten die in den §§ 2—6 meiner viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 31. Mai 1920 (Amtl. Anzeiger Stück 39 Nr. 267) getroffenen Anordnungen in Kraft.

Merseburg, den 20. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreis-Obersekretär.

375] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R.G.Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet:

§ 1.

Das Gehöft des Gemeindevorstehers **Kolbe in Bäßschen** bildet einen Sperrbezirk.

§ 2.

Für den Sperrbezirk treten die in den §§ 2—6 meiner viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 31. Mai 1920 (Amtl. Anzeiger Stück 39 Nr. 267) getroffenen Anordnungen in Kraft.

Merseburg, den 20. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreis-Obersekretär.

376] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen den Rotlauf der Schweine wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 des R.G.Bl. S. 519 mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet:

Das Gehöft des Arbeiters **Arnold** in **Röcken** bildet einen Sperrbezirk.

Merseburg, den 20. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreis-Obersekretär.

377] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R.G.Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet:

§ 1.

Das Gehöft des Landwirts Waldemar **Handschuh** in **Schkölen** bildet einen Sperrbezirk.

§ 2.

Für den Sperrbezirk treten die in den §§ 2—6 meiner viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 31. Mai 1920 (Amtl. Anzeiger Stück 39 Nr. 267) getroffenen Anordnungen in Kraft.

Merseburg, den 20. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreis-Obersekretär.

378] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R.G.Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet:

§ 1.

Das Gehöft des Landwirts **E. Keck** in **Altranstädt** bildet einen Sperrbezirk.

§ 2.

Für den Sperrbezirk treten die in den §§ 2—6 meiner viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 31. Mai 1920 (Amtl. Anzeiger Stück 39 Nr. 267) getroffenen Anordnungen in Kraft.

Merseburg, den 20. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreis-Obersekretär.

379] **Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.**

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 28. Juni 1909 (R.G.Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet:

§ 1.

Das Gehöft des Landwirts **Edwin Stolze** in **Schkölen** bildet einen Sperrbezirk.

§ 2.

Für den Sperrbezirk treten die in den §§ 2—6 meiner viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 31. Mai 1920 (Amtl. Anzeiger Stck. 39 Nr. 267) getroffenen Anordnungen in Kraft.

Merseburg, den 20. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreis-Obersekretär.

(Die tabellarische Bekanntmachung vom Versicherungsamt Merseburg—Land siehe Hauptblatt, Rückseite.)

380] **Betrifft: Einkommensteuer der Volksschullehrer und -Lehrerinnen.**

Unter Bezugnahme auf den Runderlaß des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 23. Juni 1920 — A 2007 — weise ich darauf hin, daß die Bestimmungen über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug von 10 v. H. vom Arbeitslohn auch bei der Zahlung der gesamten Dienstbezüge der Volksschullehrer und -Lehrerinnen mit Einschluß der Teuerungszulagen und der nach den Runderlassen vom 7. und 12. Mai d. J. — III E 1402 und 1402 II — angeordneten Abschlagszahlungen und Vorschüsse zu beachten sind. Der Abzug hat vom 25. Juni d. J. ab bei der Zahlung der Dienstbezüge zu erfolgen.

Sind Gehälter, die am 1. Juli oder später fällig waren, schon jetzt ohne den Abzug gezahlt, so ist der zuviel gezahlte Betrag von dem Empfänger unverzüglich zurückzufordern.

Merseburg, den 12. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Dr. v. Goßler.

381] **Kleinhandelshöchstpreis für Margarine.**

Unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 17. Mai d. J. — Nr. 241 des Amtlichen Anzeigers — wird der Preis für Inland-Margarine im Kleinhandel für Merseburg-Land für das Pfund auf 10,50 M. festgesetzt.

Die Preisänderung tritt sofort in Kraft.

Merseburg, den 19. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Dr. v. Goßler.

382] **Bekämpfung der Raupenplage.**

Ich habe Veranlassung, auf die nachstehende Polizeiverordnung **erneut hinzuweisen:**

Polizeiverordnung.

Auf Grund der §§ 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesetzsammlung Seite 265) und des § 142 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetzsammlung Seite 195) wird für den Umfang des **Kreises Merseburg** unter Zustimmung des Kreisausschusses nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1.

Besitzer und Pächter von Obstbäumen und lebenden Hecken sind verpflichtet, die Raupen und Raupennester des Goldafters, Ringelspinners, der Apfel- und Heckengespinstmotte, sowie der Blutlaus an den Apfelbäumen zu vernichten. Die Bekämpfung der Raupen muß im Mai, Juni und Juli und die der Blutlaus hat während des ganzen Jahres zu erfolgen. **Bis 15. Februar jeden Jahres** müssen die Raupennester beseitigt sein.

§ 2.

Zuwiderhandlungen gegen **diese Verordnung werden,** soweit nicht nach dem Reichsstrafgesetzbuche **höhere Strafen verwirkt** sind, mit Geldstrafe bis zu 30 M, an deren Stelle **im Unvermögensfalle** entsprechende Haft tritt, bestraft.

§ 3.

Vorstehende Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntgabe im Kreisblatt in Kraft.

Merseburg, den 5. Oktober 1918.

Der Königliche Landrat.
J. V. gez.: v. Grone.

Veröffentlicht!

Merseburg, den 20. Juli 1920.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreis-Obersekretär.

Stadt Merseburg.

Gasgrundpreis.

Der Gasgrundpreis wird mit Wirkung vom 1. Juli 1920 auf **24 Pfg. je Kubikmeter** herabgesetzt.

Der Gaspreis beträgt demnach für Monat **Juli 1,50 M. je Kubikmeter.**

Merseburg, den 19. Juli 1920.

Zu VIII 250/20. **Der Magistrat.**

Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200721-13/fragment/page=0008
DFG

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld besonders.
Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg. im Reklameteil 80 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Mit den wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg“ und „Amtsblatt der Stadt Merseburg“, der wöchentlichen „Unterhaltungsbeilage“ und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg“

Nr. 159 — Mittwoch den 21. Juli 1920 — 47. Jahrg.

Zwangswirtschaft und Erwerbsmöglichkeit.

Die Folgen des Kohlendiktats von Spa werden sich in unserem wirtschaftlichen Leben bald bemerkbar machen. Eine weitere Verteurung des Eisens und der Kohle ist zu befürchten, und dadurch werden dann unsere Produktionsmöglichkeiten schwer getroffen. Damit aber werden auch die Erwerbsmöglichkeiten der Unternehmer immer unsicherer. Eine nennenswerte Hebung der deutschen Valuta erscheint dann auch in absehbarer Zeit ausgeschlossen, weil die Herstellung der für die Ausfuhr notwendigen Austauschmittel ungeheuer erschwert ist und ihre Menge in gar keinem Verhältnis zum Bedürfnis der Einfuhr stehen kann. Statt zu fallen, werden die Preise demnächst vielleicht wieder in die Höhe klettern, es liegt aber zweifellos im Interesse der Allgemeinheit, die Nahrungsmittel in Deutschland selbst zu erzeugen und zwar zu einem Preise, der den Gelderwerbsmöglichkeiten der Volksgenossen entspricht. Ob sich unter dem Druck der Zwangswirtschaft eine wesentliche Preissenkung herbeiführen lassen wird, erscheint fraglich; die Anwendung von Selbsthilfe der Konsumenten, wie es vielerorts geschehen ist und leider noch geschieht, aber ist ganz verwerflich. Um zu einer Preissenkung der Lebensmittel zu gelangen, müssen die Grundbedingungen sich ändern, unter denen der Landwirt produziert. Ob dies gegenwärtig überhaupt erreichbar ist, darf bezweifelt werden.

Die ganze landwirtschaftliche Produktion hängt von der Ernte ab und der Landwirt hat in dieser Hinsicht heute ein ungeheures Risiko zu tragen, ganz im Gegensatz zu dem Industriellen, der die Menge seiner Erzeugnisse im voraus überblicken und sich daher gegen Konjunkturschwankungen in gewisser Weise sichern oder wenigstens vorsehen kann. Das kann der Landwirt, der zudem heute mit einem unverhältnismäßig großen Betriebskapital arbeiten muß, nicht. Die Ernährungsfrage aber ist die brennendste aller Fragen. Sie kann nur gebessert werden, wenn die Erzeugung erhöht wird. Das aber kann nur geschehen, wenn der Landwirtschaft die Bewegungsfreiheit wiedergegeben wird. Der Trieb, konkurrenzfähig zu sein, wird dadurch geweckt und gesteigert, ehrliche Konkurrenz aber ist der Todfeind von Wucher und Schiebertum. Es gibt natürlich auch Landwirte, die sich auf unredlichen Wegen bereichert haben, jedoch die große Mehrzahl will dafür arbeiten, daß wir zu gesunden Verhältnissen kommen. Sie fordern dazu aber, daß die rein verwaltungsmäßige Bewirtschaftung der Volksernährung, die mitschuldig an den üblen Zuständen ist, in denen wir uns befinden, endlich aufgegeben wird. Nur eine gewissermaßen „eiserne Ration“ für den wirtschaftlich Schwachen sollte von Staatswegen festgelegt werden, um aller Ausbeutung durch gewinnsüchtige Landwirte vorzubeugen.

In einem demokratischen Staatswesen aber müssen sowohl Erzeuger wie Verbraucher in Dingen der Ernährung ein unbestrittenes Mitbestimmungsrecht haben. Was hinausgeht über die Fristung des nackten Lebens sollte der Landwirtschaft freigegeben werden für den offenen Inlandsmarkt. Angebot der Erzeuger und Nachfrage der Verbraucher werden von selbst die Preise regeln und beeinflussen. Natürlich müssen scharfe gesetzliche Bestimmungen jede Ausfuhr ins Ausland verhindern. Der Übergang zu freierer Wirtschaft kann natürlich nicht von heute auf morgen erfolgen. Für Brotgetreide und Milch beispielsweise wird die staatliche Bewirtschaftung für das Erntejahr 1920 noch nicht zu umgehen sein, alle übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse sollte man unter gewissen Sicherungen alsbald dem freien Handel zuführen. Weder der Verbraucher noch der Erzeuger darf dabei einseitig bevorzugt werden. Stadt und Land müssen ehrlich und treu gemeinsam an der großen Aufgabe mitarbeiten und das Ziel muß immer sein: Die Hebung der Erzeugung und die Gesundung der Erwerbsmöglichkeiten.

*

Aufhebung der Zwangswirtschaft in Hessen.

Einer Meldung aus Mainz zufolge hat die hessische Regierung die Zwangswirtschaft, ausgenommen für Getreide und Milch, aufgehoben.

Nachklänge zur Konferenz in Spa.

Der deutsche Außenminister über das Kohlenabkommen.

Aus Berlin wird berichtet:

Der Minister des Auswärtigen Simons sprach am Dienstagmittag vor einem Kreise von Pressevertretern über die Verhandlungen in Spa, wobei er besonders die Gründe herausarbeitete, die zur Unterzeichnung der Bedingungen geführt haben. Einleitend warnte er davor, die verschiedentlich laut gewordenen Rücktrittsabsichten einzelner Minister allzu ernst zu nehmen und fuhr dann fort: Selbstverständlich ist das Kabinett nicht immer einer Meinung gewesen. Auch mir ist es nicht jedesmal gelungen, die Auffassung, die ich dem Reichskanzler vortrug, durchzusetzen. Aber darin waren wir immer einig, daß wir das, was einmal beschlossen wurde, den Feinden gegenüber und vor dem deutschen Volke auch vertraten. Anders gehandelt wäre Landesverrat gewesen. Sicherlich haben wir keinen Grund, von einem Erfolge in Spa zu sprechen.

Erreicht haben wir nur die Sicherheit der ungeheuren Lasten, die auf uns ruhen, abgewendet haben wir lediglich die unmittelbaren Folgen der Nichterfüllung des Friedensvertrages: die Besetzung deutschen Gebietes.

Diese Folge war bisher bestritten. Wir waren der Meinung, daß lediglich der Wiedergutmachungsausschuß bei nachgewiesener Böswilligkeit deutsches Gebiet besetzen könne, daß es aber nicht besetzt werden könne: 1. sobald es sich nicht um Bedingungen der Wiedergutmachung handelt, und 2. wenn uns nicht Böswilligkeit nachgewiesen wurde. Davon sind wir auch in Spa nicht abgegangen. Wohl aber haben sich die Alliierten dem Standpunkt Frankreichs immer mehr genähert. Früher hatten sie diese französische Auffassung, daß Frankreich zur Besetzung deutschen Gebietes berechtigt sei, abgelehnt, und mit seinem Einmarsch in Frankfurt hat sich Frankreich ja deshalb auch blamiert. Dieser Gefahr wollte es sich nicht noch einmal aussetzen und in seinen Verhandlungen, die von San Remo ausgehen, ist es ihm auch gelungen, die Entente zu seiner Meinung zu bekehren. **Jedenfalls waren jetzt in Spa die Alliierten zum Einmarsch entschlossen. Auch der italienische Vertreter, Graf Sforza, hat mir nicht den geringsten Zweifel darüber gelassen, daß der Einmarsch unbedingt erfolge, wenn wir die Verpflichtung zur Lieferung von 2 Millionen Tonnen Kohle nicht unterzeichneten. Es war also keine leere Drohung, auch keine Rute, die lediglich hinter dem Spiegel steckte. Ich habe mich nicht von den martialistischen Gestalten der Feldmarschälle Foch und Wilson einschüchtern lassen. Ich kannte die militärischen Vorbereitungen der Alliierten gut genug, um zu wissen, daß nach unserer Ablehnung in einer Frist, die nicht nach Tagen, sondern nach Stunden berechnet war, der Einmarsch beginnen würde.** Trotzdem habe ich nicht daraus die Konsequenz gezogen, daß nun unter allen Umständen Ja gesagt werden müßte. Wir mußten den Einmarsch auf uns nehmen, wenn wir zu der Überzeugung kamen, daß die Durchführung der Lieferungen unmöglich sei. Diese Überzeugung aber habe ich nicht gehabt, wenigstens zuletzt nicht mehr und zwar, weil mir in die Äußerungen der Sachverständigen, vornehmlich in die Zuverlässigkeit ihrer Zahlenangaben Zweifel gekommen sind. Bei aller Anerkennung von der Qualität der Sachverständigen kann ich nicht verschweigen, daß ihnen in letzter Stunde noch zwei Fehler in ihrer Rechnung nachgewiesen wurden, einmal insoweit, als ein Ersatz der Kohle durch Braunkohle möglich ist, und zweitens, weil es möglich ist, die Kohlenverteilung schärfer zu erfassen. Nach zuverlässigen Angaben sind in den verschiedensten Teilen Deutschlands Ruhrkohlen aufgetaucht, die ihre Reise sicherlich nicht mit Zustimmung des Kohlenkommissars angetreten hatten. Hier müssen auch Durchstechereien vorgekommen sein. Das Kabinett hat am Montag beschlossen, daß die Kohlenwirtschaft neu organisiert werden soll auf Grund einer genaueren Kontrolle der Produktion und der Verteilung.

Wesentlich ungünstiger lagen die Dinge bei dem militärischen Diktat. Hier waren die Dinge so verfahren, daß eine klare Rechtsbasis nicht vorhanden war. Nur eines stand fest, daß wir zum 10. Juli, wenn es zu einer Verständigung nicht kam, 100000 Mann unserer Reichswehr auf die Straße setzen mußten. Deshalb blieb uns kaum etwas anderes übrig, als zu nehmen, was uns geboten wurde.

Daß die Frist zu kurz bemessen ist, darüber gab es keinen Zweifel. Sie wäre auch länger geworden, wenn die Entente besser unterrichtet gewesen wäre. Immerhin, wir haben drei Monate bis zum Beginn der Abrüstung und sechs Monate bis zur Herabsetzung auf 100 000 Mann. In dieser Zeit läßt sich vieles tun, wenn wir nur den Beweis unseres guten Willens geben. Von uns aus wird alles geschehen, um in Verbindung mit den Alliierten, vor allem durch den guten Rat wohlunterrichteter Offiziere unsere Verpflichtung zu erfüllen. Ich habe darüber bereits bestimmte Pläne, die ich aber mit den betreffenden Ministern und dem Kabinett noch nicht besprochen habe und deshalb vorläufig noch für mich behalten möchte.

„Sie gehen aber dahin, daß wir uns von einer Macht, die in ähnlichen Verhältnissen wie wir schwere innere Verhältnisse durch eine nicht zu kriegerischen Zwecken verwendbare Macht niederhalten muß, nach der Richtung hin Unterstützung erbitten. Es gibt Beispiele, namentlich in englischen Kolonien, die weiß besiedelt sind, wo die Polizeimacht mit Leuten zu tun hatte, die derselben Rasse angehören und ihr als Menschen gleichberechtigt gegenüberstehen, wo wir ganz gute Vorbilder finden werden. Das sind persönliche Ansichten, die noch nicht durch das Kabinett gegangen sind und die ich nur sage, damit Sie sehen, nach der Richtung hin wird vom Auswärtigen Amt nichts versäumt, um durchführbar zu machen, was ich als Vertreter des Reiches mit dem Herrn Reichskanzler habe in Spa unterschreiben müssen.“

Bei der Kohle waren wir ursprünglich auf das **Diktat des Wiedergutmachungsausschusses** festgelegt, der 2,4 Millionen Tonnen monatlich von uns verlangte. Unsere Gegenvorschläge, die eine volle Bezahlung der Differenz zwischen dem Inlandsmarkt- und dem Weltmarktpreis verlangte, wurden in einer privaten Besprechung zwischen Millerand und mir abgelehnt, und zwar erklärte Millerand, das sei eine Änderuhg des Friedensvertrags, für die er die Zustimmung des französischen Parlaments bei der außerordentlich ungünstigen Finanzlage Frankreichs niemals bekommen würde. Deshalb kam Lloyd George schließlich auf den Ausweg, der dann angenommen wurde. Nach den Abmachungen bekommen wir für die Tonne Kohlen 1. den Friedenspreis angerechnet auf das Wiedergutmachungskonto, 2. eine Prämie von fünf Goldmark für die Tonne, die uns pränumerando auf den Tisch des Hauses gezahlt wird, 3. von den Landtransporten als Vorschuß in bar die Differenz zwischen Weltmarktpreis und Inlandspreis in der Form einer Anleihe, und für die seewärts gehenden Kohlen den vollen Auslandswert, wobei nur die Frage ist, ob Transporte über Rotterdam als Land- oder Seetransporte gelten.

Die Unterzeichnung war nur möglich, wenn als Ergänzung unseres Inlandsbedarfs uns oberschlesische Kohle in höherem Maße zur Verfügung gestellt wurde, denn von oberschlesischen Kohlen ist bisher mehr nach Polen gegangen, als unsere Volkswirtschaft vertragen konnte.

Eine [illegible] haben wir nicht erreicht. [illegible] mission zugesagt und hat [illegible] nte so instruiert werden s[illegible] en sollen. Eine bestimmte [illegible] eidung ist doch hier im [illegible] uns die Unterschrift be[illegible]

Die [illegible] setzte übel ein, weil die [illegible] ren so langsam vorwärts [illegible] s Reichsgericht vor einer [illegible] chte gewesen sei, und daß [illegible] uslande herangeholt we[illegible] ist nur skizzenhaft gestr[illegible] r Vorbereitung vorhande[illegible] Männer ausgeschlosse[illegible] erung zu übernehmen, [illegible] ng ist doch nun einmal e[illegible]

W[illegible] evision des Frie[illegible] hrlicher Durchführun[illegible] svertrages aber sind so[illegible] Notwendigkeit einer [illegible]

Desh[illegible] hungsvorschläge nicht au[illegible] damit auch die Unterstü[illegible] st einsahen, daß die Zahl[illegible] aren, so gering sein mü[illegible] ragen könnten. Deshalb [illegible] lungen nach Genf [illegible] ur zwei Sachverständi[illegible] Zeitpunkt steht noch nic[illegible] nn es uns am besten p[illegible] nen bestimmten Zeitpunk[illegible] t unsere innerpolitische Lage nach der Rückkehr nach Berlin regeln müßten. Ich nehme aber an, in etwa vier bis fünf Wochen werden wir nach Genf fahren können. Bis dahin wäre auch Zeit, unsere bisher nur skizzenhaft ausgearbeiteten Pläne zu unterbauen.

Der Minister, dessen ganzes Auftreten bei den Vertretern aller Parteien guten Eindruck machte, schloß mit der bestimmten Erklärung, es sei seine Absicht, mit der Presse zusammenzuarbeiten. Er gab dabei zu, daß die amtliche Berichterstattung über Spa vollkommen versagt habe, gab auch zu, daß die deutsche Presse nach

Verhaftung des Münchener Rätebürgermeisters.

Berlin, 21. Juli. Hier wurde der Kommunist Leo Werner verhaftet, der in der Münchener Rätezeit sich zum Bürgermeister von München aufgeschwungen hatte. Werner wurde steckbrieflich verfolgt.

Ein Sozialist durch die Franzosen verhaftet.

Mainz, 21. Juli. (T.-U.) Die französische Überwachungspolizei verhaftete hier den Sozialdemokraten Rackow aus Beeskow bei Berlin wegen politischer Umtriebe. Er wurde in die französische Abteilung des hiesigen Gefängnisses eingeliefert.

Wie Deutschland wirtschaftlich vernichtet wird.

Saarbrücken, 21. Juli. (T.-U.) Mit einem Kapital von 4 Millionen Franken ist in Paris eine Vereinigung der Eisenwerke des Saargebiets gegründet worden. Die Gesellschaft hat bereits die Werke der Firma Freguin erworben.

Vormarsch der Bolschewisten auf Warschau.

Kowno, 21. Juli. (T.-U.) Nach hierher gelangten Meldungen marschieren die Bolschewisten in drei Heeressäulen auf Warschau. In dem bolschewistischen Heere herrsche eine ausgesprochene nationalistische Stimmung.

Warschau, 21. Juli. (T.-U.) Der polnische Heeresbericht vom 20. Juli besagt u. a., daß östlich von Grodno heftige Kämpfe stattfanden. Wir lösten uns ohne Verluste vom Feinde. Es fanden erbitterte Angriffe des Feindes auf der ganzen Front statt. Nach erbitterten Kämpfen drangen die Russen auf das westliche Stryi-Ufer vor. Die Kämpfe um Dubno nahmen einen immer erbitterteren Charakter an. Einer feindlichen Kavalleriedivision gelang es, in unsern Rücken durchzubrechen. Gestern griff der Feind auch bei Woloczyka an. Auf beiden Seiten sind die Verluste sehr schwer.

Wien, 21. Juli. Der ukrainische Pressedienst meldet: Die Städte im äußersten Osten und Südosten von Ostgalizien, besonders Tarnopol und Brody sind wegen Gefährdung durch die Reiterei Budjenneys schon vor einigen Wochen geräumt worden. Diese Transporte erfordern lange Zeit und verhindern den militärischen Verkehr. Lemberg und die Orte westlich des San sind von Flüchtlingen überfüllt, darunter einer großen Anzahl von Flüchtlingen jenseits des Sbarutz, des ehemaligen Grenzflusses der Bukowina. Die Gefahr der weiteren Verschleppung der Flecktyphus-Epidemie ist sehr bedrohlich.

Die Kämpfe in Armenien.

London, 21. Juli. (WTB.) Das armenische Büro in London teilt mit, daß die armenische Armee vor einigen Tagen die Stadt Olti, 50 Meilen nordöstlich Erzerum, eingenommen hat.

Neue Unternehmungen Stinnes.

Amsterdam, 21. Juli. (T.-U.) Aus London wird gemeldet: Die „Times“ vernimmt, daß der deutsche Großindustrielle Hugo Stinnes Versuche mache, um sich mit 20 Mill. Kronen, das sind 850 000 Pfund, an dänischen Steinkohlengruben zu beteiligen.

Irisch-englische Kämpfe.

London, 21. Juli. (T.-U.) In der Stadt Toam in der Grafschaft Connaugth wurden zwei Polizisten erschossen. Während des darauffolgenden Straßenkampfes wurde eine große Anzahl von Häusern zerstört und niedergebrannt, darunter das Rathaus. Es gab Verluste auf beiden Seiten.

London, 21. Juli. (WTB) Reuter. Eine Bande von 40 bis 50 Mann griffen in der Nacht zum Dienstag eine Patrouille von vier Polizisten, die aus Galway kamen, an. In dem sich entspinnenden Gefecht wurden zwei Polizisten erschossen und die beiden aderen nach Erschöpfung ihrer Munition überwältigt und mit verbundenen Augen nach Toam zurückgeschickt. Dort sind unter den Soldaten und Polizisten Unruhen ausgebrochen. Es wird behauptet, daß die Polizisten die Stadt plünderten und in Häuser und Kaufläden feuerten. Das Rathaus ist niedergebrannt. Menschenopfer sind nicht zu verzeichnen.

Neuer alliierter Friedensschritt für Polen.

London, 21. Juli. (T.-U.) Die Antwort der russischen Räteregierung, auf die Bedingungen der Alliierten zum Abschluß eines Waffenstillstandes mit Polen wurde gestern im britischen Kabinett besprochen. Sie wurde im allgemeinen als unbefriedigend bezeichnet. Eine neue Entgegnung, die noch in dieser Woche übermittelt werden soll, wird vorbereitet.

London, 21. Juli. (WTB.) Wie Reuter erfährt, sollte die englische Antwort an Rußland am Dienstag abend abgesandt werden. Die Antwort Tschitscherins wird als zweideutig angesehen. Man wünscht jetzt, endgültige Erklärungen zu erhalten. Wenn die Bolschewisten in Polen eindringen, werden die Verhandlungen über die Aufnahme der Handelsbeziehungen abgebrochen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200721-13/fragment/page=0009